

Bezugspreis: Vierteljährlich 3,- M. monatlich 10,- M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Vierteljährlich 10,- M. einjährlich 36,- M. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die achtspaltige Konvokationszeile kostet 1,50 M. ...

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Freitag, den 19. August 1921

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Völkerbundsrat am 29. August.

Paris, 18. August. (Havas.) Der derzeitige Vorsitzende des Völkerbundsrats, Dicomte Jhbil, hat den Völkerbundsrat für den 29. August zu einer Sonder Sitzung nach Genf einberufen, um über das Schreiben des Obersten Rates wegen der Festschließung der Grenze in Oberschlesien zu beraten.

Französischer Verschiebungswunsch.

Paris, 18. August. (W.T.B.) Nach dem "Temps" nimmt man an, daß die Besprechungen des Völkerbundsrates über Oberschlesien zunächst nur einen Tag dauern werden. Man habe sich zunächst über das Verfahren und dann über die Ernennung eines Berichterstatters zu einigen; dieser würde alsdann seine Arbeiten während der Tagung des Völkerbunds in Genf fortsetzen, und es scheint, daß er Ende September so weit sein werde, daß die Angelegenheit vor den Rat gebracht werden könne, der dieses Mal in die Materie hineinschauen werde. Man könne also erst für die erste Hälfte des Oktober eine endgültige Lösung erwarten, und auch nur dann, wenn der Völkerbundsrat über die Sache selbst urteilt und sie nicht Schiedsrichtern übertrage.

Italiens Vertreter.

Rom, 18. August. (Sisiani.) Der Ministerrat ernannte den Senator Scialoja zum Hauptvertreter Italiens im Völkerbunde und bestellte Ruggiorino Ferraris und den Fürsten Giovanelli als Stellvertreter.

Friedensruf in Oberschlesien.

Kattowitz, 18. August. (W.T.B.) Der Aufruf, den die deutschen Parteien und Gewerkschaften erlassen haben, lautet:

Oberschlesier! Der Oberste Rat hat beschlossen, für die endgültige Entscheidung über das Schicksal Oberschlesiens das Gutachten des Völkerbunds einzuziehen. Die dadurch entstehende Verzögerung müssen wir mit Ruhe und in der Zuversicht auf eine gerechte Entscheidung ertragen. Der der Bekanntgabe des Obersten Rates über seinen Beschluß sind die Vertreter der polnischen Parteien und Gewerkschaften mit uns zusammengetreten, um gemeinschaftlich die Beruhigung der Bevölkerung zu erreichen.

Wir erklären feierlich, daß wir gegen jede gewaltsame Lösung der oberschlesischen Frage sind.

Die deutschen Parteien und Gewerkschaften wollen mit den polnischen Parteien und Gewerkschaften im Interesse der Wohlfahrt der Bewohner Oberschlesiens und im Interesse der Menschlichkeit die nationalen Gegensätze in friedlicher und gerechter Arbeit überbrücken.

Wir achten das nationale Empfinden und die politischen und wirtschaftlichen Anschauungen eines jeden.

Aus dieser Achtung heraus verurteilen wir vorbehaltlos jede Gewalttätigkeit gegen Andersdenkende, jede Bedrohung des Lebens, der Gesundheit und des Eigentums. Wir wollen durch parteiliche, von Vertretern beider Nationalitäten zusammengesetzte Ausschüsse im Einvernehmen mit allen Stellen, welche uns ihre Hilfe leihen, dafür sorgen, daß jeder seinem Berufe nachgehen und seinen Wohnsitz nach Belieben nehmen kann. In der Zusammenarbeit aller friedlich und gerecht denkenden Menschen wollen wir durch Einwirkung auf unsere Rätebürger für Sicherheit und Ordnung sorgen. In

ehelicher und aufrichtiger Ueberzeugung von der Notwendigkeit des Friedens

biten wir die gesamte Bevölkerung um ihre Unterstützung. Der Geist der Veröhnlichkeit soll auch nach der Entscheidung herrschen. Die polnischen Parteien und Gewerkschaften haben erklärt, einen Aufruf gleichen Sinnes zu erlassen.

Der Aufruf, den die polnischen Parteien und Gewerkschaften in den polnischen Blättern zur Veröffentlichung zu bringen sich verpflichtet haben, hat den gleichen Wortlaut, nur daß es statt „deutsch“ immer „polnisch“ heißt. Er ist unterzeichnet von dem Obersten Volksrat für Oberschlesien, gezeichnet Josef Rymer, sowie von den Vorsitzenden der Nationalen Arbeiterpartei, der Polnischen Sozialistischen Partei, der Christlichen Volksvereinigung, der Polnischen Volkspartei Schlesiens, der Oberschlesischen Volkspartei, der Polnischen Berufsvereinigung, dem Polnischen Zentralverband der Gewerkschaften und dem Verband der schlesischen landwirtschaftlichen Vereine.

Lloyd George vertrat das Weltreich!

London, 18. August. (W.T.B.) Im Unterhause erklärte Lloyd George, die Reichskonferenz habe sich mit der gesamten auswärtigen Politik Englands beschäftigt, mit der oberschlesischen und kleinasiatischen Frage, mit den Reparationen, der Entwaflung Deutschlands, dem englisch-japanischen Bündnis und mit Ägypten. Es sei auf der Konferenz eine gemeinsame Verständigung in bezug auf die politischen Richtlinien erreicht worden — eine Tatsache, die nicht nur dazu beigetragen, ihm und Lord Curzon in Paris mehr Kraft zu verleihen, sondern auch auf die ganze Welt Eindruck gemacht habe.

Zur Mandatkonferenz des Völkerbunds wegen der Neutralisierung der Inseln sind eingeladen: Dänemark, Deutschland, England, Estland, Finnland, Frankreich, Italien, Lettland, Polen und Schweden (Rußland nicht!). Ueber Zeitpunkt und Ort der Konferenz wird gegenwärtig verhandelt.

Baranya und Burgenland.

Budapest, 18. August. (Mag. Tel. Korr.-Bureau.) Die Besetzung der von den Serben geräumten Gebiete hat heute begonnen. Um 2 Uhr nachmittags zogen 45 ungarische Gendarmen und 60 Polizisten in Szeged ein. Sie wurden von der Bevölkerung mit Jubel (!) empfangen; die Stadt prangt im Flagen "und.

Fünfkirchen, 18. August. (Südost. Pressebureau.) Die Proklamierung der jugoslawisch-magyarischen Republik in Fünfkirchen hat überall Anklang gefunden. In Barcs, Sittos, Mohacs, Szigetvar und Villany wurden Volksversammlungen abgehalten, die Entschließungen annahmen, in denen einmütig die Republik ausgerufen wird. Die Bevölkerung verlangt, daß Schutztruppen aufgestellt und bewaffnet werden, um eventuell den ungarischen Einmarsch abzuwehren zu können. Gestern fanden zwischen Vertretern der jugoslawischen Regierung und Mitgliedern der Entente-Kommission Verhandlungen statt. Die Ententevertreter verlangten, daß die Räumung sofort beginnen und um jeden Preis bis 20. August beendet sein müsse. Der englische Oberst Goffet, dem der jugoslawische Befehlshaber und der Regierungskommissar erklärten, daß die Räumung nicht beginnen könne, weil noch keine Weisungen der jugoslawischen Regierung vorlägen, erklärte öffentlich, daß die Ungarn jedenfalls am 20. August eintreffen werden.

Baranya ist nicht, wie wir irrtümlich geschrieben hatten, der slawische Name von Fünfkirchen, sondern der magyarische Name des zugehörigen Komitats (Kreis). — Es wird uns mitgeteilt, daß die von der jugoslawischen Regierung ausgeteilten Ungarn keineswegs Sozialisten oder Kommunisten gewesen sind, sondern magyarische Nationalisten, die nach ihrer Uebernahme durch die ungarischen Behörden zum größten Teil alsbald wieder freigelassen worden sind. Damit würde also der gegen die Belgrad-Regierung erhobene Vorwurf der Verletzung des politischen Asylrechtes gegenstandslos sein.

Ausschub für Ungarn?

Budapest, 18. August. (W.T.B.) Im Auswärtigen Ausschuss der Nationalversammlung sagte Außenminister Graf Banffy, die Räumung des Baranagabiebs durch die Serben beginne am 18. August und werde am 25. August beendet sein. Den jüngsten Ereignissen in Fünfkirchen mißt der Minister keine besondere Bedeutung bei; sowohl Ungarn wie die Großmächte hielten an der Vollziehung der Räumung fest. Bezüglich Bestungarn stellte er das entgegenkommende (?) Verhalten der ungarischen Regierung dem schroff abweisenden Standpunkt Oesterreichs gegenüber. Die ungarische Regierung habe bei dem Botschafterrat einen Ausschub der am 27. Juli fälligen Uebergabe Bestungarn um einen Monat durchgesetzt, damit mit dem „neuen“ Kanzler Schöber die Verhandlungen fortgesetzt werden könnten. Oesterreich sei jedoch nur inra dominium (nach Besitzergreifung) zu einem Gedankenaustausch bereit. Der Ausschub nahm eine Resolution an, in der von diesem jüngst gefassten Beschluß des österreichischen Hauptauschusses mit Betrefflichkeit Kenntnis genommen und die Regierung aufgefordert wird, bei der Lösung der westungarischen Frage die Interessen des ungarischen Staates mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu wahren.

Wenn Banffy wahr spricht, hat also derselbe Botschafterrat, der Baranya fristgemäß räumen läßt, die Räumung des Burgenlandes auf ungarisches Verlangen hinausgeschoben. Hochy-Ungarn ist und bleibt eben der Entente liebster Kind unter den Knechtstaaten. Mit dem „neuen“ Kanzler hätte Ungarn längst genügend verhandeln können; außerdem liegt in Deutschösterreich alle Macht beim Volke, vertreten durch den Nationalrat, dem Schöber gar nicht angehört. Und überdies handelt sich's gar nicht um Deutschösterreichs Willen, sondern um die Bestimmungen der Friedenskonferenz, die bekanntlich ebenso gerecht und weise, wie heilig und unverbrüchlich sind.

Die ungarische Regierung hat das vorgeschriebene Gesetz über ein 35 000-Mann-Söldnerheer mit 12jähriger Dienstzeit eingebracht.

Schwindelt Banffy?

Wien, 18. August. (Korr.-Bureau.) Wie die Blätter erführen, wird morgen die Räumung Bestungarn durch Ungarn und die allmähliche Uebergabe an die Entente-Kommission und sodann an die deutschösterreichischen Behörden beginnen. Meldungen über Einrücken deutschösterreichischer Wehrmacht im Burgenlande werden als unrichtig bezeichnet, dagegen wird sie in Bereitschaft gestellt, so daß jedem Zwischenfall ein rasches Ende bereitet werden könnte.

Im erlösten Strassburg fand nach dem „Echo de Paris“ am Mittwoch eine von den Kommunisten einberufene antimilitaristische Versammlung statt, um gegen die Verwendung der bewaffneten Macht in dem Konflikt zu protestieren, der zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgeber in der Metallindustrie besteht. Dabei seien aufreizende Reden geführt und die Forderung zur Revolution aufgerufen worden; sie habe schließlich die Internationale in deutscher Sprache angesetzt. Die Polizei „musste“ eingreifen und schließlich noch eine Kolonne Husaren hinzuziehen, die den Ausruf „Lieber Teufel“ schrien. Es wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen.

Unruh in London. Nach einer Havasmeldung aus London kam es anlässlich der Beurlaubung von 12 Kommunisten, die am letzten Freitag im Verlaufe von Unruhen verhaftet worden waren, zu Krawallen. Bedeutende Polizeiträfte mußten eingesetzt werden, um die Ränge zu zerstreuen.

Frauen, kämpft um Euer Recht!

Von Clara Bohm-Schuch.

Am kommenden Sonntag, dem 21. August, finden in Berlin die Wahlen für die Arbeitnehmerbeisitzer zum Gewerbegericht statt.

Eine Woche später, Sonntag, den 28. August, werden die Beisitzer zum Kaufmannsgericht aus den Reihen der Angestellten gewählt.

Zum ersten Male werden die erwerbstätigen Frauen zu diesen Arbeitsgerichten wählen. Es geht mandymal etwas wunderbar zu in der Welt. Als Staatsbürgerinnen wurden wir durch die Revolution von 1918 wahlberechtigt und wählbar. Zu den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten ist uns erst durch Verordnung vom 12. Mai 1920 das Wahlrecht zugestanden; wählbar sind Frauen hierfür noch nicht.

Nun gilt es, von dem errungenen kargen Recht Gebrauch zu machen, um das weitergehende zu erkämpfen. Jede um Lohn schaffende Frau, die über 20 Jahre alt ist und in Groß-Berlin wohnt oder hier ihre Beschäftigung im gewerblichen oder kaufmännischen Betriebe hat, muß an den kommenden Sonntagen zur Wahl gehen, auch die Heimarbeiterin. Keine soll sich einreden oder einreden lassen, daß sie keine Zeit habe. Für wieviel Pflichten müssen wir Frauen Zeit haben, und hier handelt es sich um die Ausübung und weitere Erkämpfung unseres Rechtes. Zum ersten Male dürfen die Frauen mitentscheiden, ob die Streitigkeiten, welche über Arbeitszeit, Entlohnung, Entlassung, Vertragsauslegung, Zeugniserteilung aus dem Arbeitsverhältnis für sie erwachsen können, von sozialempfindenden, objektiven Männern oder von reaktionären Bekämpfern der Frauenarbeit entschieden werden sollen.

Jede Arbeiterin und Angestellte, die wählen will, muß eine Wahlbescheinigung von ihrem Arbeitgeber oder der Polizeibehörde haben, daß sie am Wahlort wohnt oder beschäftigt ist. Solche Formulare, die der Arbeitgeber zu beschaffen hat, sind im Wahlbureau des Magistrats, Stralauer Straße 44/45, Zimmer 9, zu haben. Wahllisten, wie bei den politischen Wahlen, liegen nicht aus.

Dieses aktive Wahlrecht der Frauen ist der Erfolg eines seit 1890 geführten Kampfes der sozialdemokratischen Volksvertreter im Reichstag. Daß es nur ein Teilerfolg wurde, daß wir das passive Wahlrecht zu den Arbeitsgerichten noch immer nicht haben, ist auf das Schuldkonto sämtlicher bürgerlicher Parteien des Reichstages zu setzen. Damit trifft die Schuld allerdings auch alle diejenigen erwerbstätigen Frauen, welche bei den Reichstagswahlen vom 6. Juni v. J. anders als sozialdemokratisch gewählt haben.

Als die Regierung in der Verordnung vom 12. Mai 1920 das passive Wahlrecht (Wählbarkeit) für die Frauen nicht zugestand, begründete sie ihre Haltung damit, daß dem Reichstag im Herbst 1920 ein Arbeitsgerichtsgelehr vorgelegt werden solle, welches die Frage regeln würde. (Es ist bis heute nicht da.) Eine Erledigung auf dem Wege der Rotverordnung sei aus rechtlichen Gründen nicht möglich. — Diesen Ausweg betraten alle bürgerlichen Vertreter in den Sitzungen des Sozialpolitischen Ausschusses des Reichstages im Oktober und Dezember v. J. Sogar die Frauen dieser Parteien ließen sich von ihren männlichen Parteigenossen überzeugen, daß es zu Ruß und Frommen der Frauen selbst so gegeben müsse, obgleich sie vorher anderer Meinung waren. Es mußte auch nichts, daß ich — ebenso wie am 3. März im Plenum — darauf aufmerksam machte, daß das Prinzip durch die Verordnung vom 12. Mai bereits durchbrochen sei, daß nach unserer Meinung eine Regelung durch Rotverordnung möglich und notwendig wäre, weil der Weg über die ordentliche Gesetzgebung so lange dauern würde, daß inzwischen alle Wahlen zu den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten stattgefunden hätten und dann die Bestimmung praktisch drei Jahre lang zum Schaden der Frauen unwirksam bleiben müßte. Dem Hinweis, daß die Frauen in den Schlichtungsausschüssen sich durchaus bewährt hätten, widersprach man nicht, aber trotzdem waren alle bürgerlichen Vertreter und Vertreterinnen gegen uns, also gegen die sofortige Einführung des passiven Frauenwahlrechts zu den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten.

Für die bürgerlichen Männer handelte es sich allerdings um einen grundsätzlichen Kampf, nämlich: die Frauen unter keinen Umständen zur Rechtsprechung zuzulassen. — War erst einmal irgendwo Breche in dieses Bollwerk alter Vorurteile und Ueberlieferung gelegt, dann mußte es fallen. Trotz des Hinweises auf diese letzten Ursachen des Widerstandes wollten die bürgerlichen Frauen sie nicht sehen. Der Kampf, der jetzt um die Zulassung der Frauen zum Amt des Schöffen und Geschworenen geführt werden muß, beweist, wie recht wir hatten.

Man könnte lachen, wenn es nicht so beschämend traurig wäre. Als Reichs- und Landtagsabgeordnete schaffen Frauen mit an der Gesetzgebung; als Stadtverordnete leisten sie beste Arbeit für die praktische Durchführung der Gesetze. Wo Frauen an verantwortungsvolle Stellen kamen, haben sie bewiesen, daß sie fähig sind, die gestellten Aufgaben zu erfüllen. Dennoch dürfen sie die einfachsten Streitfragen, die vor

ein Arbeitsgericht kommen, nicht mitentscheiden. Zur Abgabe von Gutachten werden sie herangezogen, schlichten dürfen sie, entscheiden nicht! Ob z. B. eine Mutter zu Recht oder Unrecht aus der Arbeitsstelle entlassen wird, wenn sie einen Tag zu Hause blieb, um ihr erkranktes Kind zu pflegen, oder ob der Arbeitslohn für eine Bluse gezahlt werden muß, wenn sie so und nicht so genäht ist; ob ein junges Mädchen sich durch Befestigungen des Arbeitgebers in ihrer Ehre getränkt fühlen darf und so vieles andere, was den Alltag und das Leben schwer macht, kann nach dem Gesetz nur der Mann entscheiden. — Ja, noch haben wir, trotz der verfassungsmäßig garantierten Gleichberechtigung der Geschlechter, solche Gesetze, weil wir eine reaktionäre Mehrheit bürgerlicher Abgeordneter im Deutschen Reichstag haben. Von ihnen haben die erwerbstätigen Frauen nichts zu erwarten. So endlich wie die sämtlichen bürgerlichen Parteien sich vor dem 9. November zu der politischen Gleichberechtigung der Frauen stellen, so stehen sie heute der wirtschaftlichen und rechtlichen Gleichberechtigung gegenüber.

Der wirtschaftliche Kampf der Frauen wird immer härter. Darum müssen sie sich alle an der Wahl beteiligen und Kampfgenosser als Bewerber in das Gewerbe- und Kaufmannsgericht wählen. Jede Frauenstimme soll am 21. und 28. August den freigewerkschaftlichen Listen gehören.

### Politische Beschränktheit.

Die Königsberger Medizinprofessoren sind in Deutschland nicht die einzigen Gelehrten, die von Politik keine Ahnung haben. Zum Beweise dafür veröffentlicht das „Berliner Tageblatt“ Auszüge aus einem Bericht über die Weimarer Tagung des Deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege, demzufolge der Professor für Hygiene der Universität Jena, Dr. Abel, in einem Vortrag über „Hebung der Volkskraft durch Ernährung und Körperpflege“ u. a. ausführte:

„Daß wir die Unterernährung mit ihren volkverheerenden Folgen im wesentlichen der völkerrichtsartigen, während des Krieges noch ständig verschärften feindlichen Blockade zu verdanken haben, ist klar. Das wollen wir nie vergessen, und im Gegensatz zu den Rarren, die von Volksernährung und Volkserbrüderung faheln und uns zu Wiedergutmachungen für verpflichtet halten, wollen wir den Gedanken an Rache und Vergeltung nie aus dem Herzen lassen und ihn Kindern und Kindeskindern als Erbe vermachend!“

Der Herr Professor Abel scheint zu den Hochleuten zu gehören, die wie der Edle v. Braun ihre wissenschaftlichen Kenntnisse so ausmünzen, wie ihr politisch beschränkter Verstand es für notwendig hält. Wie sagte doch der Vorsitzende des Reichswirtschaftsrates im Herbst 1914 zu den Sorgen, daß Deutschland durch Hunger besiegt werden könnte?:

„Nicht man danach das Ergebnis dieser Betrachtung zusammen, so läßt sich ohne jede Schönfärberei feststellen, daß wir uns vor dem Schreckgespenst des Hungersterbens nicht zu fürchten brauchen. Denn wenn sich auch unser bisheriger Verbrauch an Lebensmitteln etwas einschränken muß, so darf doch nicht übersehen werden, daß sich gerade auf diesem Gebiet der Mensch nach der Decke streckt und daß unsere Decke im Laufe der Jahrzehnte recht groß und behäbig geworden ist, so daß es uns gerade nichts schadet, wenn sie zeitweilig etwas beschnitten wird.“

Der Professor aus Jena sieht aus der durch den Krieg erzeugten Unterernährung eine Fülle volkverheerender Folgen entstehen, der „Fradmann“ aus Bayern sieht in der Unterernährung während des Krieges ein Mittel zur Gesundung des Volkes. Uns scheint, der Professor und der Fradmann, sie sind beide einander wert. Ruß man nicht bei solch sichtbarlich politischer Beschränktheit auch gegenüber der wissenschaftlichen Qualität dieser Gelehrten kritisch werden?

### Schäfer Ast und seine Junft.

Schäfer Ast, der gewählte Kurpfuscher aus der Lüneburger Heide, der jetzt als Rittergutsbesitzer in hohem Alter gestorben ist, hat eine gar große und alte Familie. Wenn der Quacksalber des Mittelalters auf öffentlichem Markt mit einem Hanswurst und einem Affen austrat, und wenn er seine Künste im buchstäblichen Sinn des Wortes austrumpelte, so war das nur ein sinnfälliger Ausdruck für das, was auch seine modernen Kollegen nicht anders machen. Der Sinn von ihrer aller Tun liegt in dem Geschichtlichen von dem Heilmittelschwinder, der auf die Frage, ob sein Mittel denn auch helfe, geantwortet hat: „Mir hat's geholfen!“ Im Mittelalter mag die Sache etwas gefährlicher gewesen sein; da erwischte den einen oder den anderen hier und da die Hand der Obrigkeit und zündete ein kleines Feuerchen unter ihm an; aber das geschah auch dem respektabelsten Zeitgenossen. Heutzutage sind die Zusammenstöße mit der Gerichtsbarkeit für solche Leute weniger schmerzhaft, und wenn sie ihr Geschäft verstehen, haben sie den Unfall gewöhnlich bald überwunden.

Das verstehen allerdings die wenigsten so gut, wie der Schäfer Ast, der sich das Wort: „Mir hat's geholfen“ wohl auf den Großstein legen lassen dürfte, und der deshalb mit Recht als Topus der ganzen Junft gilt. Vor allem war er schlau genug, keinem seiner Patienten wehe zu tun. Er quälte sie nicht bei der Untersuchung, sondern schnitt ihnen nur ein paar Radenhaare ab, und stellte danach seine „Diagnose“. Sie war ebenso einfach wie seine „Medizin“. Er hatte die Krankheiten in vier Kategorien eingeteilt, und für jede gab es ein Rezept: Medizin Nummer eins bis vier. Wenn sie nicht nützte, so schadete sie auch nichts; denn die ärztlichen Heilmittel waren, wie die Analysen ergaben, von völliger Harmlosigkeit.

Bevor der gute Schäfer Ast die Menschen zu kurieren begann, hatte er sich mit Tierarzneikunde befaßt. Vermutlich mit demselben tiefgründigen Wissen, das ihn auch zu seiner „ärztlichen“ Tätigkeit befähigte. Aber die Menschen in der weiten Lüneburger Heide sind harmlos und leichtgläubigen Gemüts, und so kam eines Tages das Gerücht auf, der Schäfer Ast in Radbruch sei ein Wunderdoktor. Er war natürlich nur ein Mann mit einer besonders reichen Dosis Bauernschlaubei, und er verstand sich, wenn auch nicht auf die Medizin, so doch auf die Psychologie der Menschen. Nur so ist es zu verstehen, daß der Zufall zu ihm gigantische Formen annahm, daß schließlich die Kranken nicht nur aus der ganzen Lüneburger Heide, sondern von weiter kommen, und daß sogar aus Hamburg eine wahre Völkerwanderung von Heilungsuchenden nach Radbruch strömte. Um den Andrang zu bewältigen, mußte die Eisenbahn Ertragszüge einlegen; an manchen Tagen kamen mehr als 500 Besucher zum guten Schäfer Ast, der allen ein paar Radenhaare abschneidte und dann sofort mußte, wo es ihnen wehe tat. Man muß sich, um die beinahe magische Anziehungskraft dieses simplen Mannes zu verstehen, in das Seelenleben eines Kranken versetzen,

### Der schwarz-rot-goldene Wulle.

Das Abendblatt des Herrn Wulle (jede Nummer ein politisches Ereignis) hat den „Vorwärts“ zu einem Zitatenkampfe herausgefordert, den es allerdings, wie wir schon feststellten, selber mit einer Zitatensammlung begonnen hat. Doch auch ohne das war diese Herausforderung eine grobe Unvorsichtigkeit. Denn sie nötigt uns, einiges von dem zu zitieren, was Herr Wulle selber in vergangenen Tagen geschrieben hat, noch ehe er als Hauptredakteur der „Deutschen Zeitung“ von Herrn Claß vor die Tür gesetzt worden war. Herr Wulle, dessen Brust heute democh von Heldennut geschwellt ist, daß er in jeder Nummer finstere Drohungen gegen die Republik und ihre Führer ausstößt, war nicht immer von solchem Kampfeswille befeelt. Als die Revolution sich noch in einem für Herrn Wulle gefährlichen Stadium befand, da war er, wie man es in seinen Kreisen nennt, „klein und häßlich“. Am 16. November 1918 schrieb er in der „Deutschen Zeitung“:

„Helfen kann uns nur die bestreute schwarz-rot-goldene Tat zur Einheit, Ordnung und Freiheit!“

Und mit schlotternden Knien schrieb er am 16. November 1918: „Wenn heute das ganze deutsche Volk zusammengefaßt werden soll, unerschrocken auch im Zeichen der Demokratie, dann besinne man sich wieder auf die Farben schwarz-rot-gold. (Judenhahn? Red. d. „Vorwärts“.) Sie sind die Kräftezeichen des deutschen Idealismus. Sie sind das Sinnbild großer Gedanken, denen damals allerdings die großen Taten fehlten. Die Einheit des deutschen Volkes ist in diesen Farben veranschaulicht.“

Was meinen unsere lieben Deutschpolitischen zu dieser schwarz-rot-goldenen Begeisterung ihres hervorragenden Wortführers? Ein dreimaliges Hoch der menschlichen Bergchlichkeit! — Aus unlerem Beserkerkreis werden wir gefragt, ob Herr Wulle auch bei einer Sanitätshundkompanie gewesen ist, wie sein Lebensgefährte von der „Tägl. Rundschau“. Wir müssen dem Neugierigen mitteilen, daß Herr Wulle es nicht einmal dazu gebracht hat, sondern Herr Reinhold Wulle (geb. 1. August 1882) hat den ganzen Krieg an seinem Schreibtisch im Hinterland verbracht. Er ist also der berufene Mann, über die „Erdolung der Front von hinten“ genauestens zu urteilen.

### Der blühende Hochverräter.

Der „Lokal-Anzeiger“ hat sich bemüht gefühlt, den Hochverräter Traugott v. Jagow durch einen Mitarbeiter austreten zu lassen. In echter „Lokal-Anzeiger“-Manier trauft dieser lang und breit, in welchem Zustand er den ehrenfesten Junker angetroffen hat. Doch hat der Hoffschaffstil diesmal ein Gutes, weil er zeigt, wie idyllisch das Dasein sich ein Rechtsputschist dank unserer vorzüglichen und bekanntlich völlig unparteiischen Justiz erfreuen kann. Der Berichterstatter des „Lokal-Anzeiger“ teilt mit, daß Herr v. Jagow „seit acht Tagen auf einem der größten Herrenhöfe als Gast des Rittergutsbesizers, eines ihm seit langen Jahren befreundeten und im öffentlichen Leben sehr bekannten Mannes wohnt“. Leider wird der Name dieses Herrn verschwiegen. Es wäre von Interesse, diesen Rappistenfreund kennen zu lernen, falls er noch dem öffentlichen Leben angehört.

Als der Berichterstatter Herrn v. Jagow antraf, lehrte dieser „von ausgedehntem Spaziergang durch den riesigen Waldpark seines Gostfreundes“ nach Hause. Herr v. Jagow, der zusammen mit Rapp die „Regierung der Arbeit“ gründen wollte, scheint für sich persönlich das Spazierengehen als gesünder anzusehen. Es bekommt ihm auch gut, denn der Berichterstatter rühmt, daß Jagow „so frisch und jugendlich ausseh, wie etwa bei Antritt seines Berliner Postens vor einem Jahrzehnt“. Jagows in der Kindheit erlittene Tuberkuloseerkrankung, wegen der man ihn jetzt noch für fastunfähig erklären wollte, scheint also doch keine nachhaltigen Folgen gehabt zu haben. Wegen seines „blühenden Aussehens“ vom Berichterstatter befragt, erklärte Herr v. Jagow, daß er zu seiner noch größeren Kräftigung demnachst nach Oberbayern zu gehen gedenke.

Herr v. Jagow wächst, blüht und gedeiht, amüsiert sich hochfeudal auf Rittergütern und in den bayerischen Alpen, ein goldenes Dasein für einen Hochverräter! Doch will es uns noch all dem scheinen, als

ob Herr v. Jagow für seinen eigenen „Wiederaufbau“ bedeutend größeres Interesse hegt als für den des deutschen Volkes, wie er in den Tagen des Rapp-Putsch munterte.

Nur eine Frage sei gestattet: würde die Justiz Herrn v. Jagow auch ein so idyllisches Dasein gönnen, wenn er sich zufällig an einem Putsch führend beteiligt hätte?

### Steuergeheimnisse.

Das „Berliner Tageblatt“ schreibt zu der Berichterstattung des Reichsfinanzministeriums über die neuen Steuervorlagen:

Die neuen Steuervorlagen sind bisher der Öffentlichkeit, trotzdem die Entwürfe bereits ausgearbeitet sind, nur in dürftigen Auszügen mitgeteilt worden, wodurch eine ins einzelne gehende Prüfung und Kritik dieser Vorlagen naturgemäß außerordentlich erschwert wird. Sogar die Revolle zum Körperschaftsteuergesetz, die bereits vom Reichsrat genehmigt worden ist und vom Reichswirtschaftsrat, also einem parlamentarischen Organ, beraten worden ist, ist bisher noch nicht im Wortlaut veröffentlicht worden, ebensowenig der Entwurf des Nachkriegssteuergesetzes, der dem Reichswirtschaftsrat und dem Reichsrat vorliegt. Ueber andere noch wichtigere Vorlagen der neuen Steuerreform sind gelegentlich inoffizielle Mitteilungen durch Privatkorrespondenzen an die Öffentlichkeit gelangt, ein Weg, der im Interesse der gleichmäßigen und gleichzeitigen Informierung der gesamten Presse nach Möglichkeit vermieden werden sollte. Der Sache, nämlich einer rechtzeitigen eingehenden Erörterung der Steuervorlagen, dient dieses System jedenfalls nicht, um so weniger, als auch Verleger der Presse, sich in diesem Ministerium über wichtige, die Öffentlichkeit interessierende Fragen selbst zu informieren, insofern der Referiertheit der Referenten und der Unselbständigkeit sowie Einflüßlichkeit der Pressestelle dieses Ministeriums meist erfolglos bleiben. Häufig erhält man auf Anfragen beim Reichsfinanzministerium überhaupt keine Antwort, manchmal eine ablehnende Antwort in der Form, daß die Referenten erklären lassen, keine Auskunft erteilen zu können.

Die Geheimnisträgerei des Reichsfinanzministeriums ist in der Tat auf das Schärfste zu mißbilligen. Wenn damit der Zweck erreicht werden soll, die Gegenläufe der Auffassungen in den künftigen Parlamentssitzungen um so schärfer aufeinander prägen zu lassen, so ist dieses Ziel nahezu erreicht. Wir für unseren Teil müssen schon darauf verzichten, alle Ablagerungen berufener und unberufener Indistretionäre unserer Leser vorzulegen. Daß dabei die Aufklärung der breiten Masse über die großen finanzpolitischen Probleme leidet, braucht nicht erst gesagt zu werden. Die Lage des „Berl. Tagebl.“ ist um so begründeter, als selbst die Berücksichtigung des früheren Chefs seiner Handelsredaktion, eines anerkannten Finanz- und Pressefachmannes, in das Reichsfinanzministerium offenbar nicht genügt hat, um dort das Verständnis für die Verbindung der Ämter mit den Organen der öffentlichen Meinung zu wecken.

Zu der „Industrie- und Handelszeitung“, einem Stimmesorgan, muß das Ministerium Birichs greifen, um der Öffentlichkeit von dem Charakter des Kapitalverlehrssteuergesetzes Mitteilung zu machen. Es ist ja wohl auch nicht wesentlich, sondern heute ganz selbstverständlich, daß der Umsatz von Börsenpapieren und Devisen selbst noch der Steuererhöhung mit einem Fünftelteil bzw. einem Dreihünftel desjenigen Steuerfußes bedacht wird, den der Arbeiter beim Einkauf seines täglichen Brotes bezahlen soll. Weil das so unwesentlich ist, werden jetzt an der Börse Milliarden umgesetzt, während die Frau des Proletariats und des Kleinrentners den Papierlappen mehrmals wendet, ehe sie ihn für Nahrungsmittel ausgibt. Und weil es so unwichtig ist, warum sollte das Reichsfinanzministerium nicht schließlich den Ranien der christlichen Nächstenliebe darüber breiten?

Spanien wirbt Freiwillige. Londoner Blättermeldungen zufolge werden unter den Londoner Arbeitlosen für die spanische Legion zum Kampfe gegen die Mauren in Marokko Truppen angeworben.

dem die Verzie keine Heilung bringen konnten, und der nun von den angeblichen Wundererfolgen dieses Quacksalters hört. Ein bedeutender Kliniker hat einmal einem Zweifler und Skeptiker geantwortet: „Wenn die Medizin vielleicht auch keine exakte Wissenschaft ist, so ist sie doch die Kunst, Kranke zu heilen.“ Aus solchen Ermüdungen heraus sind sicherlich Tausende und aber Tausende, die im Grunde vom Unwert allen Kurpfuschertums überzeugt waren, zum Schäfer Ast gepilgert, indem sie sich sagen mochten: „Nützt es nichts, so schadet es auch nichts; und wer weiß, vielleicht ist der Schäfer Ast doch ein Wunderdoktor!“

Quacksalber von seiner Art gibt es ungleich mehr, als man ohnt; in jeder Stadt, und ganz besonders in der Großstadt, wimmelt es von Kurpfuschern, von denen zwar nur ganz wenige wie der Schäfer Ast Millionen scheffeln, die aber durchweg besser leben, als so mancher Arzt. Und auf dem platten Lande wird erst recht gequacksalbert. So hatte Ast in den verschiedensten Gegenden „Konkurrenten“; aber keiner von ihnen hatte den gewaltigen Zufuß wie er. Da gab es seit langen Jahren den berühmten „Sehmpastor“ Felke in Reperlen am Niederrhein im Kreise Mörs, dessen Behandlungsweise schon sein Epitheton erkennen läßt; da sind die Brüder Kusmeier auf dem Eichsfeld, da ist der Schäfer von Krosigt am Petersberg bei Halle, der alle Krankheiten aus dem Urin diagnostiziert. Der Schäfer Ast ließ, nachdem er zu Gelde gekommen war, seinen Sohn Medizin studieren, um ihn als „Assistenten“ zu benutzen und sich so auf alle Fälle zu bedien. Er starb als Millionär und Rittergutsbesitzer; der große Paracelsus, der Vnherr aller Quacksalber, war neben ihm ein Waisensnabe.

Der Leibtag in München. Ueber das Jubiläum des ehemaligen Leibregiments, das in München als monarchistische Einlage gefeiert wurde, wird von dort berichtet:

Stern- und ordensübersäte Feinzen, abgestaubte Generale und Offiziere sporenstreichend, födelkloppend, hoch in der Luft ein Meer von flatternden Fahnen und Fähnchen; Kommandantone vermengen sich mit dem Hurrogeschrei der gaffenden und stauenden Menge, und dann die alte, liebe Blechmusik mit Tschingbara und Bumbara. Von der Menge mitgeschoben, steht man mit einemmal mitten drin in der Kirche — das kräftige Bolkemerk der bayerischen Rückschrittpolitik — nutzt jede Gelegenheit zur reaktionären Stimmungsmache gründlich aus. Kardinal v. Faulhaber verdammt alles, was „von oben“ kommt, und predigt laut Dickpöppelheit, denn „die Gesetze der Weltordnung sind Gottes Anordnungen, und was Recht ist, soll Recht bleiben“. Weil aber die heutige Zusammenkunft einem feierlichen (heilselbe keinem politischen) Bedürfnis entspringt, nennt Herr Faulhaber nur zwei „Berliner Berückelten“, die der Bayer nicht nachmachen soll, bei ihrem Namen: Die preihische Schulordnung und dann das Volklied! Bei dieser Berrücktheit geht über die weiterbraunen Gesichter der Oberländer ein behagliches Schmunzeln. Nach dem Segen verlassen sie mit guten Vorsätzen gewappnet das Haus Gottes. — Und wieder sehen draußen vor dem Kirchenportal braufende Hochrufe ein, als der ehemalige Kronprinz seinen Wagen besteigt. Vor allem fällt der

Landesverband der bayerischen Hoflieferanten a. D. auf, der in Zolinder und blau-weißer Schärpe erschienen ist. Der Zug steht sich in Bewegung. Schneidig sigen die Genbarmerleiwachmeister auf ihren Säulen, frischpolierte Räte-Kruse-Puppen, weiße Handhabe, Parapenfel, gewickelte Schnurrbarte, Marsaugen — kurz, schöne Männer! Riesige Bergjöbne, den Saubmit mit der lustig wippenden Feder auf dem eckigen Schädel, die blau-weiße Schärpe um den Bauch, schwerten die mächtigen Fahnen unternehmungslosig durch die Luft. Immer neue Militärkapellen spielen sich näher, manches Münchener Bierherz quillt über im rühfessigen Gedanken an die alte gute Zeit. Tschingbara, bumbara. Der Abend sieht die schneidigen Leiber von Kommandeur bis hinunter zum Gemeinen bei der Beherzigung des priesterlichen Wortes von der Berliner Berrücktheit. Manah einem fällt sein Hofenkreuz ins 12prozente, als Oberst, jetzt General, v. Epp das Wort ergreift. Seine Ausführungen atmeten den echten alten Geist von Anno 14. Da ist mancher brave Bauernbursh, der vor Ingrimm lacht und sich immer noch eine Raß bestellt, um den furor teutonicus hinunterzulaufen, Herrgottsbra.

Krebsausflücht. Die Wichtigkeit einer frühen und rechtzeitigen Behandlung des Krebses ist in weiten Kreisen noch nicht bekannt, und es hat sich daher in Amerika eine Gesellschaft für Krebsausflücht gebildet, die unter dem Publikum die nötigen Tatsachen über dieses fürchbare, aber in seinen Anfängen heilbare Leiden verbreitet. Es handelt sich dabei um ein Werk von höchster Wichtigkeit, das auch in Europa vom Roten Kreuz aufgenommen werden sollte. Krebs beginnt als eine kleine lokale Wucherung, die in den ersten Stadien von erfahrenen Chirurgen leicht und sicher entfernt oder durch Behandlung mit Radium, X-Strahlen oder andere Methoden beseitigt werden kann. So beginnt das amerikanische Werkblatt, das in Millionen von Exemplaren verbreitet ist. Der Anfang der Krankheit ist gewöhnlich schmerzlos und deshalb doppelt gefährlich. Man muß daher auf andere Gefahrenzeichen achten. Krebs ist keine konstitutionelle Krankheit und wird nicht vererbt; er ist nicht ansteckend, und deshalb ist kein Grund zu einer Berheimlichung des Leibels vorhanden. Wenn auch manche Gelehrte behaupten, daß eine Disposition für diese Krankheit vererbt werde, so ist das doch noch nicht erwiesen. Geschwüre, Risse oder Verletzungen der Haut, die nicht heilen, sollten beachtet und dem Arzt gezeigt werden. Langandauernde Verdauungsstörungen im mittleren Alter, die mit Gewichtsverlust einhergehen, können auf eine innere Erkrankung hindeuten.

Die Staatstheater eröffnen die neue Spielzeit am 25. August, und zwar das Opernhaus mit „Jodengrin“, das Schauspielhaus mit „Peer Gynt“. Der Boxerlauf beginnt Sonntag.

Des Reichs Operette „Die Straßkittler“, die im Juli in der Staatsooper aufgeführt wurde, wird während des Septembers in der Ramielchen Oper unter derselben Diktion gegeben.

Der Silberbedeimer Silberbach wird, wie der Minister für Bienen- und Honigwesen mitteilt, während der Landesausstellung in Berlin im Juli im Silberbach wieder nicht zu tun, als daß er dort gehalten wurde, und gehört in das hauptstädtliche Sammlungsgebiet, wo er sich seit Jahrhunderten befindet.

# Schlägerei im Rathaus.

### Ein Streit um Sowjetrußland. — Die Stadtverordneten-Sitzung abgebrochen.

Das hatte noch gefehlt, was wir gestern in der „einstweiligen“ Stadtverordnetenversammlung erlebten. An Värm und Radan, an tobende Schimpfereien und geschwungene Fäuste war man ja seit langem gewöhnt. Diesmal aber kam es zu einer regelrechten Schlägerei, zu Hieben, die ein provozierender Redner der Deutschnationalen von einem sich beleidigt fühlenden Kommunisten erhielt. So scharf sonst der Gegenlag zwischen Deutschnationalen und Kommunisten sein mag — in der Herbeiführung von Krakeel geben sie einander nichts nach. Ueber die von Sozialdemokraten, Unabhängigen und Kommunisten beantragte und vom Magistrat schon zugesagte Hilfe für das hungernde Rußland wütierten die Deutschnationalen. In der Beratung über die Magistratsvorlage wegen Unterstützung des Oberschlesier-Hilfswerkes zog dann ihr Redner Kimbel vom Leder gegen die russischen Kommunisten, worauf der Kommunist Goldbach mit einer handgreiflichen Attacke antwortete. In dem wüsten Tumult war der Vorsteher Dr. Wehl machtlos — und er blieb es gegenüber den Kommunisten auch nach Wiedereröffnung der zweimal unterbrochenen Sitzung, so daß er Schluß machen mußte. — Dr. Wehl hatte gestern überhaupt einen besonders unglücklichen Tag. In der Abstimmung über die Gutsarbeiterlöhne befolgte er ein Verfahren, dessen parlamentarische Zulässigkeit von der sozialdemokratischen Fraktion bestritten werden mußte.

Die Beratung des von Sozialdemokraten, Unabhängigen und Kommunisten gemeinsam eingebrachten Antrages auf

Bewilligung von 100 000 M. an das Hilfskomitee für Sowjetrußland wird vorweggenommen. Stadtschreiber Lange teilt für den Magistrat mit, daß dieser bereits beschlossen ist, 100 000 M. für Rußland zu geben. Der Antrag wird mit den Stimmen nur der drei linksstehenden Fraktionen angenommen.

Gleichfalls vorweggenommen wird die Magistratsvorlage auf Bewilligung von 10 000 M. für das Oberschlesier-

Dann erst gehen die Kommunisten auf ihre Plätze zurück. In der etwa viertelstündigen Pause sieht man den Vorsteher in eifrigen Verhandlungen mit den Fraktionen der rechten Seite. Nach erneuter Wiedereröffnung der Sitzung gibt er Kimbel das Wort. Die Kommunisten stellen sich wieder neben das Rednerpult, Monkowki (Komm.) lärm: Ausgeschlossen! und seine Freunde lärmen mit. Vorsteher Wehl's Aufforderung, die Sitzung einzunehmen, wird höhnend abgelehnt. Mertens (Dem.) bezeichnet den Mißerfolg des Vorstehers als beschämend. Fabian (Dnat.) schließt sich mit einer Erklärung des Bedauerns über diese Ständhaltungen an. Gabel (Komm.) antwortet erregt in schreiendem Ton und schlägt mit der Faust auf den Tisch des Hauses. Der machtlose Vorsteher gibt endlich den Kampf auf und schließt die Sitzung.

## Groß-Berlin

### Um die künftige Polizeistunde.

Im Anschluß an die gemeldete künftige Handhabung der Polizeistunde ist der Befürchtung Ausdruck gegeben worden, daß eine willkürliche Staffelung der Polizeistunde einreichen könnte. Diese Befürchtung ist, wie die PM. an zuständiger Stelle hören, ganz unzutreffend; die öffentlichen Lokale sollen alle gleichmäßig behandelt werden. Den Ortopolizeibehörden bleibt es höchstens überlassen, einschränkende Ausnahmen für anrüchige Lokale (Amierrkneipen usw.) festzusetzen.

Dem Reichsrat wurden gestern die Grundzüge vorgelegt, die das Ministerium erhöhte Unterstützungsätze eingeführt worden. Sie betragen: 1. für männliche Personen: a) über 21 Jahre, sofern sie nicht in dem Haushalt eines anderen leben, 12 M., b) über 21 Jahre, sofern sie in dem Haushalt eines anderen leben, 10 M., c) unter 21 Jahren, 7,25 M.; 2. für weibliche Personen: a) über 21 Jahre, sofern sie nicht in dem Haushalt eines anderen leben, 10 M., b) über 21 Jahre, sofern sie in dem Haushalt eines anderen leben, 7,25 M., c) unter 21 Jahren 4,75 M. Die Familienzuschläge, die ein Erwerbsloser erhält, dürfen insgesamt das Zweifache der ihm gewährten Unterstützung, in einzelnen folgenden Sätze nicht übersteigen: für a) den Ehegatten, 5 M., b) die Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige 4,25 M. Mit demselben Zeitraum wird der Hundesteuer für die Berechnung der Kurzarbeiterunterstützung nach § 9 Absatz 2 der Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge von 60 auf 50 herabgesetzt. Wie die Zentralstelle der Groß-Berliner Erwerbslosenfürsorge mitteilt, hat sie ihren Geschäftsstellen bereits Anweisung gegeben, die erforderliche Umrechnung der Unterstützungsätze sofort vorzunehmen, so daß mit der Auszahlung des Mehrbetrages seit 1. August 1921 voraussichtlich schon am 22. August begonnen werden kann.

### Die erhöhte Erwerbslosenunterstützung.

#### Auszahlung des Mehrbetrages ab 22. August.

Der Magistrat ist dem Beschluß der Stadtverordnetenversammlung, für die in der Blindenanstalt beschäftigten, bedürftigen Blinden einen angemessenen Zuschuß zu ihrem Verdienst zu gewähren, beigetreten und hat für diesen Zweck 200 000 M. aus Vorbehaltsmitteln bewilligt.

## Postabonnenten

Damit die regelmäßige Zustellung des „Vorwärts“ im nächsten Monat keine unliebsame Unterbrechung erleidet, ersuchen wir unsere Postabonnenten, das Abonnement für den Monat September zum Preise von 10 M. einschl. Zustellungsgebühr bei dem zuständigen Postamt sofort zu bestellen.



Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin

Hilfswerk. Dr. Reumann (D. Sp.) und Dr. Steiniger (Dnat.) beantragen 50 000 M. bzw. 100 000 M. Schneider (U. Soj.): Wir lehnen ab, auch nur einen Pfennig an die Verbände heimattreuer Oberschlesier zu geben. (Pfeil rechts.) Das Geld würde schließlich nur für die Orgelsteine verwendet werden. Kimbel (Dnat.) weist auf die beschlossene Hilfe für Rußland hin, wirft den Kommunisten Rußlands verwerfliches Treiben vor, das die Hungerkatastrophe herbeigeführt habe, und spricht von „Schweinewirtschaft“. Die kommunistische Fraktion antwortet mit wütendem Lärm, ihre Mitglieder springen in wilder Erregung auf und stürmen nach dem Rednerpult vor. Goldbach (Komm.) schlägt auf den Redner ein, Fabian (Dnat.) wirft sich dazwischen. Fast die ganze Versammlung bringt aufspringend nach dem Rednerpult vor. In dem tosenden Lärm ist Vorsteher Dr. Wehl machtlos, er verläßt seinen Platz und

unterbricht die Sitzung.

Nach etwa einer halben Stunde wird vom Vorsteher Dr. Wehl die Sitzung wiedereröffnet mit der Erklärung, die kommunistische Fraktion fühle sich durch Kimbels Angriffe auf die russischen Kommunisten beleidigt, Kimbel aber habe, wie er versichere, die deutschen Kommunisten nicht beleidigen wollen. Als der Vorsteher dem Redner Kimbel das Wort zur Fortsetzung seiner Rede geben will, schreien die Kommunisten: Nein, nein! Gabel (Komm.) verlangt, daß Kimbel selber seine Angriffe zurücknimmt. (Lärm rechts.) Fabian (Dnat.) stellt fest, daß entgegen der vor Wiedereröffnung der Sitzung getroffenen Vereinbarung die ausdrückliche Bitte um Entschuldigung wegen des lässlichen Angriffs auf Kimbel unterbleiben sei. Kimbel begibt sich zum Rednerpult, die Kommunisten protestieren. Vorsteher Dr. Wehl fordert, daß sie den Platz um das Rednerpult räumen. Sie lehnen ab: Nein, nein! Der Vorsteher erklärt eine ordnungsmäßige Weiterführung der Sitzung für unmöglich und

unterbricht nochmals die Sitzung.

## Die Rächer.

Roman von Hermann Wagner.

Behrens zerrte ihn mit einer schnellen Wendung in das Licht eines Fensters. „Lassen Sie sich anschauen,“ flüsterte er befehlend, „ich will Ihnen sagen, wer Sie sind!“

Die beiden standen sich eine Weile drohend gegenüber. Profop blaß und von einer unbestimmten Furcht gelähmt, Behrens, dessen Zorn schon wieder verdrängt war, lächelnd. „Soll ich es Ihnen sagen, wer und was Sie sind?“ fragte Behrens.

„Was suchen Sie hier?“ stammelte der andere. „Nur eines: einen ehrlichen Menschen! ... Sie sind dieser Mensch nicht, — schon lange sind Sie es nicht mehr, wenn Sie es vielleicht auch einmal waren! ... Run geben Sie den Weg frei! Marsch!“

Mit einer Kraft, die ihm niemand zugetraut hätte, schleuderte Behrens den Diener beiseite, schritt schnell die Treppe hinauf, öffnete, ohne anzuklopfen, eine Tür und trat ein.

An einem Fenster, ihm nur das Profil ihres Gesichtes zuwendend, saß eine Frau. Er erkannte sie sofort, denn der Zeit schien es nicht gelungen zu sein, ihr etwas anzuhängen. Nur etwas schmal war ihr Gesicht geworden und sehr blaß sah es aus.

Ein kleines, etwa achtjähriges Mädchen, das auf dem Teppich kniete und Bücher und Spielzeug vor sich liegen hatte, stieß einen halbblauen Schrei des Schreckens aus.

„Du,“ sagte die Frau, wie sich von ihren Gedanken verwundert loslösend, „Du ...“

Zugleich wandte sie das Gesicht der Tür zu, erblickte den Mann, der regungslos auf der Schwelle stand, starrte ihn eine lange Zeit stumm an, stand dann zögernd auf, machte drei Schritte auf ihn zu, erkannte ihn nun erdgütig und griff sich mit beiden Händen an die Schläfen.

So standen sie sich mehrere Minuten, ohne sich zu rühren, gegenüber.

„Herbert,“ rief endlich Lucie, wie nach überwundenem Schrecken, „du —“

„Ja,“ antwortete er, „ist ...“

Das Kind weinte leise, denn es schien zu spüren, daß etwas Unheimliches in der Luft lag. Die Mutter nahm es

bei der Hand und führte es in das angrenzende Zimmer. „Du geh zur Minna, sie soll mit dir in den Garten gehen! Folge!“

Sie kam wieder zurück, und er stand noch an derselben Stelle. „Was willst du, Herbert,“ fragte sie, „mein Mann ist nicht hier ...“

„Deshalb, weil er nicht hier ist, bin ich gekommen.“

„Was willst du?“

„Dich,“ sagte er langsam und feierlich, „dich.“

„Mich?“

Er ging auf sie zu, nahm ihre Hand und sah ihr in die Augen. „Hast du mich nicht erwartet?“

„Ja,“ sagte sie leise, „ich habe dich erwartet.“

„Schon lange?“

„Schon seit Jahren ...“

„Seit Jahren?“ Sein Mund verzog sich zu einem grimmi-gen Scherz. „Warum nicht schon immer?“

Sie sah zu Boden. „Es war ein Irrtum, Herbert,“ sagte sie mit einer Härte, die sich gegen sie selbst richtete, „ein großer Irrtum ...“

„Ich habe dich immer erwartet,“ sagte er, von einem bodenlosen Schmerz durchwühlt, „immer, alle die Jahre, von der ersten Stunde an. Immer habe ich dich erwartet. Heute, sagte ich mir jeden Abend, wenn ich mich auf meine Pritsche hinlegte, um zu schlafen, heute, diese Nacht kommt sie, kommt sie im Traum zu mir, um mit mir zu reden, — denn es war so viel, das wir uns zu sagen hatten, so viel, so viel ... Aber du bist nicht gekommen, keine Nacht, nie, nie ...“ Und er setzte nach einigem Nachdenken hinzu: „Ich habe viel gelitten.“

„Ich weiß es,“ sagte sie mit einer Trauer, die ein volles Jahrzehnt der Sünde in eine zitternde Schönheit tauchte, „ich weiß es.“

„Seit wann hast du es erfahren?“

„Ich habe ein Kind,“ antwortete sie, „und seit das Kind da war, war auch die Stunde da, die mir zurief: Fürchte dich! Alle die Jahre habe ich mich gefürchtet.“

„Vor mir?“

„Nicht vor dir, denn an dich habe ich geglaubt, — ja, von der Stunde an, da ich das Kind hatte, habe ich an dich geglaubt! ... Ich habe mich vor etwas anderem gefürchtet.“

„Vor deiner Schuld?“

„Ja.“

Sie schwiegen, und er sagte dann flüsternd: „Es gibt eine Gerechtigkeit, es gibt eine Rache!“

Sie beugte den Kopf und flüsterte: „Ich weiß es.“

„Wirst du sie tragen?“

„Ich habe sie getragen, — nein, damit ist nicht genug gesagt: sie trägt mich, ich bin von ihr durchweht, bin von der Rache durchweht und von der Furcht, — es gibt für mich keine Stunde mehr, in der ich ruhig sein kann, — die Schuld hat sich in mir eingetrakt und läßt mich nicht los ...“

„Um wen fürchtest du? Um dich?“

Sie lächelte dünn. „Um mich? Nein.“

„Um wen?“

„Um mein Kind!“ schrie sie laut und wiederholte dann noch einmal leise und verzweifelt: „Nur um mein Kind!“

„Das Kind ist unschuldig,“ sagte er streng.

Sie hob die Arme und bedeckte ihr Gesicht damit, wie um ein Bild zu bannen, das sie verfolgte. „Ja, aber es ist mein Leben, es gibt nichts, was ich habe außer ihm. Und immer denke ich, daß etwas geschehen muß, das es mir nimmt. Ich habe eine solche entsetzliche Angst. Ich überwache alle seine Schritte, ich lausche nachts seinem Atem, immer bin ich bei ihm, — und doch rüttelt immer die Angst an mir, daß das alles eines Tages, in einer Stunde, in einer Minute, nutzlos sein wird, daß etwas geschehen wird, etwas Furchtbares, das es mir nimmt!“

Ihr Atem flog, ihre Augen waren heiß und trocken. So schritt sie wie irr durch das Zimmer, wie ein Tier, das seinen Käfig durchmisst, trat dann an ein Fenster und sah blind hinaus.

Er umfaßte sie mit seinen Händen und mußte mit einem Mat, wie tief er sie noch liebte. Nein, er hatte nicht zuviel um sie getan, es gab überhaupt kein Zuviel, das er an ihr tun konnte, und es machte ihn unermesslich glücklich, daß er fühlte, wie groß und rein und selbstlos seine Liebe geworden war.

„Lucie,“ rief er ihr zu.

„Ja?“ gab sie schattenhaft zurück.

„Denkst du noch an ihn?“

„Ich denke an ihn, alle Stunden, er verfolgt mich bis in meine Träume, — es ist seine Rache, daß er mich so verfolgt ... Was es denn so viel, was ich ihm angetan habe?“

„Wir haben ihn getötet, Lucie!“

„Ja, ja,“ sagte sie gequält.

„Du lebst, ich lebe, — aber er ist tot!“

„Wie leben wir!“ rief sie verzweifelt. (Fortf. folgt.)



# Achtung! Gewerbegerichtswahl!

Heute finden die Wahlen für die Arbeitgeber-Beisitzer zu dem Gewerbegericht der Stadt Berlin statt. Von den sozialistischen Parteien ist eine eigene Liste „Freie Liste der Arbeitgeber“ angesetzt. Pflicht aller sozial denkenden Arbeitgeber ist es, dieser Liste zum Siege zu verhelfen. Uebe daher jeder sein Wahlrecht aus!

## Internationaler Kongress der Lederarbeiter.

Dem Wiener Internationalen Kongress gingen voran die internationalen Konferenzen der Schuhmacher, Sattler und Berufsgenossen sowie der Gerber und Handschuhmacher. Alle drei Konferenzen erklärten sich für den Zusammenschluss der drei internationalen Sekretariate zu einer internationalen Vereinigung für die gesamte Lederindustrie.

Auf dem Vereinigungskongress, den der internationale Sekretär Simon Nürnberg im Wiener „Arbeiterheim“ eröffnete, waren durch 69 Delegierte die 12 Länder Belgien, Dänemark, Deutschland, England, Frankreich, Luxemburg, Norwegen, Oesterreich, Schweiz und Udachowskai, durch 65 die Länder Bulgarien, Russland und Litauen vertreten. In einem großen Referat über „Weltwirtschaft und Weltkrise“ zeigte Simon Nürnberg, wie die Ermordung vieler Volkswirtschaftler auf einen großen wirtschaftlichen Aufschwung nach Beendigung des Weltkriegs nicht in Erfüllung ging, sondern das Gegenteil, in der ganzen Welt eine Krise von noch nie dagewesenem Umfang und Schärfe einsetzte. Friedensbedingungen und Reparationspflichten zwingen Deutschland, als Konkurrent auf dem Weltmarkt aufzutreten.

### Arbeitslosigkeit und Lohnabbau

verbreite sich überall. Die kapitalistische Gesellschaft könne mit ihren Methoden das Problem der Weltwirtschaftskrise nicht lösen. Dazu sei nur die sozialistische Gesellschaft imstande. Deshalb müsse die kapitalistische Profitwirtschaft umgemodelt werden in die sozialistische Bedarfswirtschaft, dann würden auch künftige Kriege zu verhindern sein und die Arbeiter werden vom kapitalistischen Druck und der Knechtschaft befreit werden.

Der erste Diskussionsredner Josefowitsch (Moskau) erklärte sich mit einem Teil der Ausführungen Simons einverstanden. Es sei eine Utopie, zu glauben, die Krisis innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft lösen zu können. Die Ausschließung Russlands mit seinem noch nicht ausgeschlossenen Naturschätzen von der Weltwirtschaft müsse zu einer Erschütterung des ganzen weltwirtschaftlichen Betriebes führen. Die Amsterdamer Internationale habe sich unfähig erwiesen, dem Proletariat zu helfen, sie habe von Blond George nur eine Wülfung der Friedensbedingungen erbeten und anerkannt, daß die Lasten des Wiederaufbaus von der deutschen Arbeiterkraft getragen werden sollen. Das kapitalistische System sei nicht, wie es den Anschein hat, im Aufleben begriffen, sondern bankrott. Es müsse gestürzt werden, es dürfe keine Arbeitsgemeinschaft mit Vertretern des Kapitalismus geben, das Proletariat habe vielmehr die Aufgabe, den Kapitalismus zu stürzen.

Roug (Frankreich) betonte, daß diese Ausführungen durchaus nichts enthielten, was nicht auch den Arbeitern Frankreichs bekannt sei. Opportunismus zu sein sei kein Vorwurf, denn das hiesje nichts anderes als

### Sich den Verhältnissen anzupassen,

eine Notwendigkeit, der sich ja die Russen auch nicht entziehen konnten. Die Aufgabe der Gewerkschaften sei nicht erschöpft in der Eringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, sondern es gelte, jeden späteren Krieg zu verhindern, den Militarismus zu bekämpfen.

Diesen Gedankengang brachte eine von Roug eingebrachte Resolution zum Ausdruck. Sie protestiert gegen die Befestigung von Bändern, gegen Sanktionen, gegen die Gewalttätigkeit der Wiedergutmachung durch den Versailler Vertrag und gegen den Militarismus überhaupt. Sie fordert ferner die Einsetzung eines Aktionsausschusses innerhalb der Lederarbeiterinternationalen zur Betreibung antimilitaristischer Propaganda.

Der englische Delegierte Boulton wandte sich dagegen, indem er ausführte, daß für eine derartige Propaganda der Internationalen die Kräfte fehlen. Er forderte, daß man sich

### mit den gewerkschaftlichen Fragen,

mit dem Lohnabbau usw. beschäftige. Er sei nicht als Sozialist, sondern als Gewerkschafter auf den Kongress gekommen.

Fischer (Deutschland (Kommunist)) brachte eine längere Resolution ein, die in einem Appell an die Arbeiterschaft der ganzen Welt zum Zusammenschluss für den Kampf zum Sturz der kapitalistischen Wirtschaft gipfelt. Wenn von Sowjetrußland verwerfe, mit Kapitalisten Kompromisse einzugehen, so sei daran schuld die Amsterdamer Internationale, weil sie dem revolutionären Kampf die Unterstützung verweigert. Im ähnlichen Sinne spricht Dimitrow (Bulgarien).

Simon (Nürnberg) beschloß sich in seinem Schlusswort mit Josefowitsch und weist seine Behauptung bezüglich der Verpflichtung der Arbeiter zur Wiedergutmachung zurück. Es sei nur von einer Verpflichtung Deutschlands die Rede, und es hänge von der wirtschaftlichen und politischen Macht der Arbeiterklasse ab, eine Belastung durch die Wiedergutmachung abzuwehren. Schwäche man aber die Arbeiterklasse durch Zersplitterung ihrer Organisationen, dann trage diese Moskauer Methode die Schuld daran, wenn die Kapitalisten alle Opfer der Arbeiterschaft aufbürden.

### Nach Schluss der Diskussion wurde

#### eine Protestresolution

gegen die Unterdrückung der Arbeiterschaft in Jugoslawien, die dort aller ihrer menschlichen und politischen Rechte beraubt ist, angenommen. Weiter beschloß der Kongress einen Unterstützungsausschuss, um so zur Linderung der durch eine Naturkatastrophe hervorgerufenen schmerzlichen Not Sowjetrußlands beizutragen.

Die Resolution Fischer wurde gegen drei Stimmen abgelehnt.

Simon referierte sodann über die Aufgaben der internationalen gewerkschaftlichen Vereinigungen und Gründung einer solchen für die gesamte Lederindustrie. Er behandelte eingehend die Frage: Moskau oder Amsterdam? und legte sich mit den Vertretern der Moskauer Richtung scharf auseinander, wobei er betonte, daß es sich nicht um einen Kampf gegen die Arbeiterschaft Russlands handle, sondern daß es lediglich gelte, der von Moskau ausgehenden verhängnisvollen Methode des Kampfes innerhalb der Arbeiterbewegung entgegenzutreten. Erst wenn die Russen von ihrem Kampf gegen die anders gerichtete Gewerkschaftsbewegung ablassen würden, würden die Kräfte zum Sturz des Kapitalismus heranwachsen.

Rähler (Berlin) brachte für den Deutschen Lederarbeiterverband eine gegen Moskau gerichtete Resolution ein. Zimmer sprach im Sinne Rählers gegen die Moskauer Kampfmethoden und Taktik. Josefowitsch (Moskau) legte in längeren Ausführungen das Programm der Roten Gewerkschaftsinternationalen dar.

Fimmen (Amsterdam) vom Internationalen Gewerkschaftsbund begrüßte den Kongress namens der

#### 25 Millionen gewerkschaftlich Organisierter.

Es sei erfreulich, daß es zu einer Einigung der drei internationalen Berufsvereinigungen gekommen sei. Fimmen hält es für zwecklos, sich noch länger über Moskau oder Amsterdam auseinanderzusetzen, denn die Entscheidung für Amsterdam sei bereits getroffen. Die gegen Moskau gerichtete Resolution des Deutschen Lederarbeiterverbandes wurde gegen 6 Stimmen angenommen. Sie stellt eine

#### entschiedene Ablehnung der 3. Internationale

bekannt und spricht aus, daß die Internationale Vereinigung der Lederarbeiter der Amsterdamer Internationale angegeschlossen bleibt.

Dos von der Kommission ausgearbeitete Statut ließ bei den Vertretern Englands auf Widerspruch; sie erklärten, durch die Annahme der Vorlage würde vielleicht das fernere Verbleiben Englands bei der Internationale in Frage gestellt. Fimmen schlug daraufhin vor, einen vorläufigen Sekretär und Vorstand einzusetzen und sie bis zum nächsten Kongress mit der Ausarbeitung eines Statuts zu beauftragen. Der Antrag wurde mit 44 gegen 18 Stimmen angenommen. Die Gründung einer einheitlichen Internationale für alle Lederarbeiter wurde beschlossen. Dann wurde die Erhebung eines näher geregelten Beitrages bis zur Festlegung des Statuts beschlossen. Zum Internationalen Sekretär wurde Simon (Nürnberg) gewählt und eine siebenköpfige Sekretariatskommission wurde mit der Aufgabe betraut, den Statutenentwurf auszuarbeiten, den Internationalen Sekretär zu beraten und seine Tätigkeit zu kontrollieren.

Mit einem Schlusswort Simons wurde der Kongress geschlossen.

## Aus aller Welt.

### Brasilische Verhältnisse.

Aus Breslau, aber mit dem Stempel „Soz. Arb. Verein Porto Alegre“ und entsprechender gedruckter Unterschrift, gehen uns folgende Mitteilungen zu: Die Löhne der Arbeiter stehen nicht im Verhältnis zu den notwendigen Ausgaben für den Lebensunterhalt. Außerdem fehlt den Arbeitern jede gesetzliche Garantie. In den Großstädten ist ein Ueberfluß an Arbeitskräften vorhanden. Arbeiterwohnungen existieren fast gar nicht. Der Arbeiter im Urwald ist ein deutscher Durchschnittsarbeiter nicht gewachsen. Die Entbehrungen spotten in den meisten Fällen fast jeder Beschreibung. Der Arbeiter im Urwald ist vollständig rechtlos, Befehle und Transportmöglichkeiten fehlen in den meisten Kolonien überhaupt. Durch ein in diesem Frühjahr im Bundesparlament angenommenes Gesetz ist es jedem Ausländer verboten, sich politisch oder gewerkschaftlich zu betätigen. Zum Beispiel sind in Rio de Janeiro, Santos, Pernambuco usw. unzählige ausländische Arbeiter, welche sich an Lohnbewegungen beteiligten, eingekerkert, abgeschoben bzw. ausgewiesen worden. Deutsche bürgerliche Blätter machen Propaganda im Interesse der Landpekulation. In Deutschland sollte man ein wachsameres Auge auf die von den brasilianischen Regierungen und den Kaffeebaronen des Staates Sao Paulo ausgesandten Agenten haben, auch auf das Bureau in Berlin, Steglitzer Straße 39. Mag kein Arbeiter sich als Arbeiter auf den Kaffeeplantagen Sao Paulos anwerben lassen. Jeder, welcher auswandern will, sollte vorher Auskunft einholen von der Kommission des sozialistischen Arbeitervereins. Porto Alegre, Rua Comendador Aguedo 30, oder von der einzigen in deutscher Sprache erscheinenden sozialistischen Zeitung Südamerikas „Der freie Arbeiter“ in Porto Alegre, Rua Don Pedro II., Rio Grande do Sul, Brasilien.

Wiederaufnahme der Eibelschiffahrt. Die Sächsisch-Böhmische Dampfschiffahrtsgesellschaft hat ihren Personen- und Frachtdampfschiffahrtsbetrieb Dienstag, den 16. d. M., auf der gesamten Strecke Dresden-Weitmeritz-Mühlberg wieder aufgenommen. Für die Gebühr von 2 M. kann man ohne jeden sonstigen Ausweis 48 Stunden bis weit nach Deutschböhmen hinein. Den Grenzauweis gibt es ohne jede Formlichkeit an Bord in Schandau.

In den Bergen erstickt. Wie der „Bayerische Kurier“ aus Berchtesgaden meldet, sind im Steinernen Meer, dem Ralmassio an der bayerisch-salzburgischen Grenze, die beiden Schwestern Luise und Tina Demuth aus Riemberg in einen Rebell geraten und haben sich scheinbar verirrt. Sie wurden von Bergführern erstoren, beide fest einander umschlungen haltend, aufgefunden. Sie steben im Alter von 20 und 30 Jahren. Sie machten die Tour in Begleitung eines Mannes, entfernten sich aber später von ihm.

In die Luft geflogen ist bei Luga in Rußland ein Personenzug, der auch Benzin transportierte. Von 82 Reisenden wurden 68 getötet.

Wenn's in Stalact brennt. Feuer zerstörte in Stutari mehr als tausend Häuser. Militäre Truppen griffen zur Bekämpfung des Feuers ein, auch mußten sie wiederholt von der Waffe Gebrauch machen, um Plünderungen zu verhindern.

Der Befehl zeigt seit einigen Tagen wieder eine geringe Tätigkeit.

Der Feldmarschall a. D. Die rumänische Regierung hat dem gewesenen österreichisch-ungarischen Oberbefehlshaber v. Kovess die Herausgabe seiner liegendbürglichen Besitzungen erteiligt. Kovess hat nun die Konzession für eine Großabstättung in Budapest erbeten und erhalten.

(Gelang des redaktionellen Teils.)

**Geradezu verblüffend** in die Wirkung der wegen ihrer Reinheit **Myrrhulin-Seife** zu. Weiche für zarte, empfindliche Haut unentbehrlich.

**Stoffe** f. Herren- u. Damenbekleidung  
Beste Fabrikate, große Auswahl  
Verkauf in der Wollweberstraße 20/21

**Koch & Seeland, Gertraudensir. 20/21**

## Niemand ist so klug,

jedem Ärger und Verdruß aus dem Wege gehen zu können. Aber jenen lässlichen, kleinen, nervös machenden Ärger mit schlecht passenden oder schlecht sitzenden Augenkläsern können Sie sich ein für allemal ersparen, wenn Sie nur Opitker Kuhntke's garantierte Augenkläser tragen. Wir garantieren Zufriedenheit und tun alles für Sie, was überhaupt möglich zu machen ist. Wir halten, was wir versprechen, das beweist nachstehendes Schreiben:

### Sehr geehrter Herr Kuhntke!

Als Ihr langjähriger Kunde (ich wohnte früher in Friedenau) möchte ich nicht verfehlen, Ihnen meinen herzlichsten Dank auszusprechen für die aufmerksame Bedienung, die ich wieder einmal in Ihrer Geschäftsstelle am Alexanderplatz erfahren habe. Die große Mühe, die sich zwei Ihrer Herren Angestellten bei der gewissenhaften (kostenlosen) Augenuntersuchung, bei der sorgfältigen Auswahl eines goldenen Ringfinglers und beim Schleifen der möglichst großen Ganzstoppkläser gegeben haben, machen es mir zur



angenehmen Pflicht, auch weiterhin Ihr dauernder Kunde zu bleiben und Ihre Firma in meinen Kreisen bei jeder Gelegenheit zu empfehlen. Weltweitgehende Rufang in Verbindung mit gediegener Arbeitsleistung und mäßigem Preise ist Ihre Geschäftsprinzip, eine Tatsache, die in dieser schweren Zeit für ein Geschäft nicht hoch genug angeschrieben werden kann. Hochachtungsvoll ergebenst

H. S. ..., Kgl. Seminarlehrer.

Kostenlos prüfen wir Augen und Sehraft mit Sorgfalt und garantieren für passende Gläser sowie für Haltbarkeit aller Fassungen von 10,50 M. an. Dafür erhalten Sie bei uns schon einen guten Gold-Double-Kneifer, Kneifer extra von 8.— M. an. Punktort-Gläser 19 M. pro Paar, und dazu noch ein Jahr Garantie, d. h. so lange alle Reparaturen umsonst! Selbst wenn die Fassung durch Ihre Schuld zerbrochen wird. Nur für Hornstoffe, Schildpatt und für zerbrochene Gläser haben Sie zu zahlen.

## Sind's die Augen, geh' zu Kuhntke!

23 Geschäfte in Groß-Berlin, Hamburg, Basel, Düsseldorf; Filialen in Rathenow und Berlin.

**Fabelhaft billiges Angebot!!**

Blusenstoffe, 80 cm breit . . . . . Meter 15 M.  
Kostümstoffe, 130 . . . . . 40—50 M.  
Baumwollstoffe, 100 u. 130 . . . . . 20—30 M.  
Futterstoffe (Körper) . . . . . 15 M.  
Blau Herrenstoffe, 140 . . . . . 70—90 M.

Elslebener Str. 11    Fransekyst. 28    Spandau  
E. Rankenstr. am Zoo    Ecke Rykestraße    Charlottenstr. 2  
Platzburg 2687    Humboldt 2294    Tel. Spandau 429

Frankfurter Allee 817.    Cöpenicker Str. 136.    Charlottenburg,  
Scharrenstr. 31.  
Reinickendorfer Straße 87    Amt Moabit 1792  
(Nebenanschluß)

**Lampions Feuerwerk!**

v. 30 Pf. an, Stocklaternen mit Stock u. Licht, v. 60 Pf. an  
Kleinauswahl, sehr billig  
Benzalfeuer  
Papiermützen von 10 Pf. an

Alle Artikel für Feste, Verlosungen  
**A. Maas & Co., Berlin V**  
Markgrafstr. 84, an der Lindenstraße  
3—6 Uhr    (Geogr. 1890)

**Anzüge, Paletots, Ulster ans la Maßstoffen.**

kanien Sie konkurrenzlos billig im Leihhaus Brunnenstr. 5

Fahrtgeld-Vergütung — Keine Lombardware

**Brillanten, Juwelen**

kauft auch ganze Nachlässe besonders große Posten gute Ware, zum höchsten Kurs

**Amsterdamer Diamantenschleifer!**  
Geogr. 1892 160 Friedrichstr. 160

eleganter Sitz, pr. Rohhaar-Verarbeitg., selbst gefertigt, v. 400 M. an

Herren-Anzüge, teils auf Seide, Wert bis 800 M., jetzt 300, 350, 400 M. Geh. u. Sportpelze fabelhaft billig!

**70 Jahren**

ist San.-Nat. Haussalbe Dr. Strahle Ausschlag, Flechten, Haut- u. Krampfadern, Hämorrhoiden ein bestbewährtes und schnellheilendes Mittel. Org.-Dose 6.25 u. 12.00 M. Elefant-Apothek, Berlin SW 215. Leipziger Str. 74. Oshnollp.

**Dankagung.**

Allen Verwandten, Freunden, Bekannten und Kollegen für die rege Teilnahme bei der Beerdigung meines Lieb. Mannes, Bruders, Onkels und Schwagers

**Max Döring**

unseren herzlichsten Dank Frau Marie Döring geb. Arnold nach Ansbach.

**Dr. C. Marks**  
Gaußstraße 107 zurück



## Die Klust.

Ein bisher auch in Frankreich gänzlich unbekannter Abgeordneter des nationalen Blocks namens Maillard hat den Ministerpräsidenten Briand wissen lassen, daß er ihn nach Schluß der parlamentarischen Ferien wegen seiner Haltung auf der Pariser Konferenz interpellieren werde. In dem Brief, durch den er diese seine Absicht mitteilt, heißt es u. a.:

„Sie haben sich im Namen Frankreichs im voraus verpflichtet, die Teilung (Oberschleifens) zu akzeptieren, die von dieser Körperschaft (dem Völkerverbund) beschlossen wird; wenn sich daraus die Zuteilung des Bergwerks- und Industriebezirks an Deutschland ergeben sollte, dann würde dadurch unsere nationale Sicherheit in nicht wieder gutzumachender Weise gefährdet.“

Obgleich ich mir der Schwierigkeiten bewußt bin, denen Sie in Ihren Verhandlungen begegnen, erblicke ich in dem letzten Pariser Abkommen so schwerwiegende Folgen, daß ich glaube, in dem ich hierüber meine ausdrücklichen Bedenken ausspreche, die Absprüche der großen Mehrheit meiner Kollegen und des Landes zum Ausdruck zu bringen.“

Ob der angestrichelte Herr Maillard wirklich die „große Mehrheit“ des Parlamentes oder gar des Landes tatsächlich hinter sich hat, oder lediglich von sich reden machen will, lassen wir dahingestellt. Vielleicht ist es nur einer der vielen französischen Großkapitalisten, die ihr Geld in polnische Industrieinvestitionen gesteckt haben und die nun darüber müde sind, daß es Briand nicht gelungen ist, das oberschleifische Industriegebiet wegzustamulieren. Bei den französischen Nationalisten ist es nämlich genau so wie bei den Deutschen: wenn in parlamentarischen Tönen von der Würde und der Sicherheit des Vaterlandes geredet wird, muß man stets dahinter Geldsachinteressen vermuten.

Nun hat Briand in seiner letzten Antwort auf Lloyd Georges Unterhausrede bestritten, daß seine Haltung in der oberschleifischen Frage lediglich durch die Sorge um die Sicherheit Frankreichs diktiert worden sei. Er wird aber nicht bestreiten können, daß gerade dieses Argument in der letzten Zeit in der französischen Presse die Hauptrolle gespielt und daß man täglich Millionen von neuen Feindesleuten die Ueberzeugung eingetrichtert hat, ein deutsches Oberschleifens bedeute den sicheren deutschen Revanchekrieg. Konnte sich ja die Pariser Nationalistenpresse auf das Zeugnis — der deutschnationalen Frau Dr. Käthe Schirmacher berufen, die kürzlich im Berliner „Tag“ von unserer oberschleifischen „Waffenstraße“ gefaselt hatte! Und dieses Leitmotiv findet eben seinen Niederschlag in dem „Alpdrücken“ des Herrn Maillard.

Was aber der französische Ministerpräsident, der also nicht lediglich an die „Sicherheit Frankreichs“ gedacht haben will, zur Begründung seiner Haltung jetzt anführt, läßt die ganze französische Politik womöglich in einem noch widerwärtigeren Licht erscheinen als bisher. Wir kannten allerdings schon längst aus Pariser Zeitungsartikeln jene rabulistische Beweisführung, mit deren Hilfe man eine polnische Mehrheit im Industrieviertel konstruieren will: man rechnet nämlich ganz Neß und Röhrl zum Industriebezirk, subtrahiert wenn nötig die Stimmen der zugereisten Heimkehrer, und fertig ist der Zauber. Und wenn das alles nichts nützt, dann wird man groß und gemein, und spricht, wie Herr Briand zu den geachteten Pressevertretern, von Dingen, die gar nichts mit der Frage zu schaffen haben, von Deutschlands angeblicher ausschließlicher Schuld am Kriege, von den im Frankfurter Frieden erprehten 4 Milliarden Mark, mit denen Deutschland allein seine Industriegebäude aufgebaut haben soll, und ähnlichem Zeug, womit man immer von neuem die nationalistischen Leidenschaften aufpeitscht.

Indem Herr Briand diese üblichen Taschenspielertricks seiner Pressefiskus zu offiziellen Argumenten der französischen auswärtigen Politik gemacht hat, hat er nur in dankenswerter Weise zur Klärung der Lage beigetragen. Nun weiß die Welt, woran sie ist: das offizielle Frankreich benimmt sich im Verlust womöglich noch unsympathischer als im Siege.

Wir wollen kein Hehl daraus machen, daß auch nach unserer Empfinden die Haltung Frankreichs auf der Pariser Konferenz dazu beigetragen hat, die Klust zwischen Frankreich und Deutschland noch bedeutend zu vertiefen. Niemand bedauert dies aufrichtiger als wir, die in einer Versöhnung zwischen Deutschland und Frankreich die beste Bürgschaft für den europäischen Frieden erblicken. Aber lediglich auf fromme Wünsche können wir unsere Politik nicht einstellen. Wenn in der oberschleifischen Frage Briand sogar für die Korfanto-Linie eintritt, wenn er in der Frage der Militärrückkontrolle sich der Anregung Englands und Italiens widersetzt, diese Kontrolle als kostspielig, aufreizend und nunmehr überflüssig einzustellen, wenn er ferner die Aufrechterhaltung der militärischen Sanktionen durchsetzt und der Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen nur mit aßerhand Vorbehalten und Restriktionen zustimmt — will man uns da noch zumuten, daß wir dem deutschen Volke einreden, Frankreich sei ihm wohlgesinnt und Englands Entgegenkommen entspringe lediglich egoistischen, imperialistischen Motiven. Und selbst wenn letzteres wahr wäre, wir halten uns in unserer absoluten Verfaßtheit an dem, was ist.

Mag sein, daß Briand nicht so schlimm ist, wie er sich immer wieder offenbart, und daß er nur das terrorisierte Opfer von unzähligen Abgeordneten vom Schlage des „angst-erfüllten“ Herrn Maillard ist. Aber solange die jetzige französische Kammer besteht, werden Herr Briand und seine Nachfolger nach deren Besele tanzen müssen. Und es kann dem offiziellen Frankreich nur ganz gesund sein, wenn es sich auf diese Art allmählich isoliert. Wir werden diese Entwicklung als passiv Zuschauer, aber, offen gestanden, nicht ohne Schadenfreude verfolgen. Und wenn das französische Volk in später Erkenntnis von Ursache und Wirkung endlich seinen nationalen Block zum Teufel gejagt haben wird, dann wird es die deutsche Arbeiterklasse stets bereit zur aufrichtigen und dauernden Versöhnung finden.

## Die Senfer Hilfsaktion.

Berlin, 18. August. (M.B.) Der Vertreter des Deutschen Roten Kreuzes auf der vom Präsidenten Eder für den 15. August 1921 nach Genf einberufenen Konferenz für die russische Hilfsaktion ist soeben zurückgekehrt.

In zehn Resolutionen, die von Genf aus dem Obersten Rat und dem Völkerbund mitgeteilt werden, kommt in erster Linie die Unparteilichkeit der Hilfsbestrebungen des Roten Kreuzes für das notleidende Russland zum Ausdruck. Eine internationale Kommission des Roten Kreuzes soll alsbald die Arbeiten für die Hilfsaktion zugunsten aller von der Hungersnot heimgesuchten Distrikte im Osten aufnehmen.

Es wurde beschlossen, diese Kommission aus Vertretern der Regierungen und der freiwilligen Hilfsvereinigungen, insbesondere jener Roten Kreuze zusammenzusetzen, die bereits begonnen haben, sich aktiv an dem Hilfswerk für Russland zu beteiligen, oder die die Absicht dazu haben. Man bekannte sich zu der Auffassung, daß angesichts des Problems, Millionen hungernder Menschen zu ernähren und Russland in seiner Not zu helfen, engste Fühlung der freiwilligen Hilfsorganisationen mit den Regierungen erforderlich sei. Die weiteren Vorarbeiten dieser Kommission werden von Genf aus geführt. Die Konferenz hat beschlossen, Dr. F. Kautz und Herbert Hoover die Leitung des ganzen Hilfswerks anzutragen. Die sanitäre Hilfsaktion des Deutschen Roten Kreuzes nimmt unabhängig davon ihren Fortgang.

München, 18. August. (M.) Heute vormittag traf hier ein Sonderzug mit Heimkehrern und Zivilinternierten aus Südrussland von Salzburg kommend ein. Bürgermeister Schmidt (Soz.) begrüßte in einer kurzen Ansprache die Heimkehrer aus herzlichster und gab der Hoffnung Ausdruck, daß auch sie am Wiederaufbau mitwirken werden. Hierauf erwiderte für die Heimkehrer der ehemalige Direktor des deutschen Legations in Odessa, Dr. Giese, daß noch Tausende Deutsche in Südrussland mit Sehnsucht auf die Heimkehr warten. Er schilderte in kurzen Worten das furchtbare Elend Russlands infolge der Hungersnot und wie die blühenden deutschen Kolonien verlassen und verödet sind. Die Heimkehrer wurden aufs freundlichste bewirbt, und nach einstündigem Aufenthalt ging der Zug nach Lager Vechfeld weiter.

## Die interparlamentarische Konferenz.

Stockholm, 18. August. (M.B.) Die Verhandlungen der Interparlamentarischen Konferenz wurden heute vormittag im Reichstagsgebäude eröffnet. Abordnungen waren erschienen aus den Vereinigten Staaten von Nordamerika, Japan, Deutschland, Oesterreich, Dänemark, Großbritannien, Finnland, Italien, Norwegen, Holland, Schweiz und Schweden.

Zu Beginn der Konferenz forderte der Vorsitzende des Interparlamentarischen Rates Lord Weardale-England im Namen des Rates Freiherrn v. Adelswärd-Schweden auf, als Präsident bei den Verhandlungen der 19. Interparlamentarischen Konferenz zu fungieren.

Freiherr v. Adelswärd hielt darauf eine Ansprache, in der er nach Begrüßung der Teilnehmer zunächst daran erinnerte, wie die Konferenz, die im Jahre 1914 hätte stattfinden sollen, im letzten Augenblick nicht eröffnet wurde. Die Union sei indessen nicht beendigt, vor dem Mißgeschick zurückzukehren, das ihr durch den Kriegsausbruch zugestiegen sei. Zum Schluß hob v. Adelswärd hervor, daß die Union den Völkerverbund unterstützen müsse.

Sobald wurde für jede an dem Kongreß teilnehmende Gruppe ein Vizepräsident gewählt: für Deutschland Professor Schäfer, für Oesterreich Dr. Katalja, für Holland Senator van Kol und für die Schweiz Dr. Usterl. Nachdem von Lord Weardale-England der Interparlamentarischen Rates vorgetragen hatte, schlug Gladstone-Amerika vor, daß die südamerikanischen Parlamente eingeladen werden sollten, Gruppen in der Union zu bilden. Der Vorschlag wurde einstimmig angenommen.

Lord Weardale-England hielt darauf eine Rede über die Interparlamentarische Union und den Völkerverbund. Auch dieser Redner betonte die Unvollkommenheit des Völkerverbundes in seiner jetzigen Gestalt. Der Völkerverbund würde erst dann die Wünsche der Interparlamentarier verwirklichen, wenn diejenigen Nationen sich ihm anschließen, die jetzt noch zögern. Weardale wandte sich dann an die amerikanische Abordnung und betonte, daß man ihre Vorschläge mit der größten Sympathie und Aufmerksamkeit berücksichtigen werde. Zum Schluß erklärte der Redner, daß es seiner Ansicht nach nicht mehr möglich sei, Deutschland aus dem Völkerverbund auszuscheiden, und richtete einen warmen Appell an die Amerikaner, sich nicht der Zusammenarbeit bei der Schaffung einer universellen Organisation für die Erhaltung des Friedens zu entziehen.

## Die Ohnestiefel.

Ueber einen kaumenswerten Fortschritt in Sowjetrußland berichtet die „Rote Fahne“ in Nr. 378 vom 18. August 1921 auf der dritten Seite ganz unten. (Wir zitieren möglichst genau, um jeder Vermutung unserer Leser vorzubeugen, daß wir uns einen schlechten Wit zu erlauben, oder daß unser Zitat nicht dem kommunistischen Zentralorgan, sondern der antibolschewistischen Korrespondenz entstamme.) Wir lesen also in der „Rote Fahne“:

Angesichts der Kollage des Volkes hat die kommunistische Partei in Rußland für ihre Mitglieder draconische Beschlüsse gefaßt. So wird z. B. jeder, der zwei Paar Stiefel besitzt, aus der Partei ausgeschlossen.

Mit diesem Beschluß wird zweifellos das russische Proletariat einer immer strahlenderen Kulturhöhe entgegengeführt. Wir fragen uns: Warum ohmt die deutsche W.P.D., die doch sonst eine so gelehrige Schülerin Moskaus ist, diesen Beschluß nicht nach? Wir wären gespannt, welche Wirkung derartige Beschlüsse auf ihre Mitglieder ausüben würden.

## Politische Kämpfe in Bayern.

München, 18. August. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der Hauptausschuß des Stadtrates München beschloß heute nach dem Antrag der W.P.D.-Fraktion auf Uebermittlung einer Eingabe an den Reichspräsidenten und an den Deutschen Reichstag um sofortige Aufhebung der vor der bayerischen Regierung auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung getroffenen „einstweiligen Maßnahmen“. Trotzdem die Demokraten davon absehen, das Reich anzurufen, wurde der Antrag der Nachbarn mit 12 Stimmen, einschließlich der Stimme des Bürgermeisters, Genossen Schmidt, gegen 11 bürgerliche Stimmen angenommen.

München, 18. August. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die Beschwerde des republikanischen Bundes Bayerns gegen die Verfügung des Staatskommissars für München-Stadt und Land, in der der geplante Ummarsch der republikanischen Organisation zur Verfassungsschutz am 21. August verboten wurde, hat das Staatsministerium dienstaufrichtig geurteilt und — abgemiesen. Diese Befristung der bürgerlichen Maßnahmen gegen die Verfassungstreuen bayerischen Republikaner durch das bayerische Staatsministerium charakterisiert die in Bayern getriebene Politik wieder einmal zur Genüge.

Der Gegenjah zwischen Nord- und Süddeutschland. Der Reichstagsabgeordnete Schirmer (Bayr. Sp.) hielt in einer Versammlung christlicher Arbeiter eine Rede, in der er auf den Gegensatz zwischen Nord- und Süddeutschland hinwies. Der Partikularismus sei ein Fehler der Deutschen, der von den Franzosen stets ausgeübt worden sei. Ein bayerisches Ausfuhrverbot von Getreide, Vieh oder dergleichen würde ohne weiteres eine Sperrung der Einfuhr von Kohle, Zucker und anderen wichtigen Produkten nach Bayern zur Folge haben.

Reichstag. Der Reichstag hielt am Donnerstag nachmittag unter Vorsitz des Ministers Rathenau eine öffentliche Sitzung ab. Sämtliche Steuerarten sind bereits eingegangen. Sämtliche Vorlagen wurden den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Auf Wunsch eines preussischen Provinzialabgeordneten wird bei den Ausschüßberatungen eine Generaldebatte über den Gesamtsteuerplan stattfinden.

Italiens Verzicht bezieht sich nur auf Gebietsabtretung durch Deutschland, nicht aber auf den Anteil an den Staatsdomänen.

# Wirtschaft

## Valutaschwäche.

Der plötzliche Rückgang der Valuta ist unter dem Druck des Auslands überstanden. Der Dollar ging gestern nach der amtlichen Berliner Notierung im Preise wieder auf 83,41 herunter, nachdem er zwei Tage vorher schon auf 90,90 gestanden hatte. Darüber, daß diese Besserung nicht von ewigem Bestand ist, wenn es nicht gelingt, die Notenpresse einzudämmen, sind Zweifel nicht möglich. Wo die Gründe für das starke Valutaschwächen der letzten Zeit zu suchen sind, dazu erhalten wir von einem Bankfachmann eines neutralen Staates folgende bemerkenswerten Mitteilungen:

„Die Hamsterei der fremden Geldgeiger als bequemeres Steuerbefraudungsmittel hat natürlich in der letzten Zeit mit Rücksicht auf die neuerdings drohenden Steuern wieder größere Dimensionen angenommen und dürfte nicht so schnell von der Tagesordnung verschwinden, nachdem der Staat diesem schandlosen Treiben müßig zusieht. Die deutschen Exporteure und Industriellen tragen auch ihr Scherlein zur Verschlechterung der Mark bei, indem sie die Erlöse ihrer Exporte nicht etwa dem Reich zur Verfügung stellen, sondern sie bei ausländischen Banken anlegen, nicht nur, um ihren eigenen Depositionsbedarf für Importe zu decken, sondern weit darüber hinaus, um sich ein Reservekapital für alle Fälle zu schaffen. Die so dem Reich entzogenen Depositionsbeträge erreichen ganz ungeheure Summen. Beweis dafür, daß in den letzten Wochen im Ausland Deposen auf 2-3 Monate gegen sehr mäßigen Zins von deutschen Banken abgegeben wurden. Mit anderen Worten: In einer Zeit, wo die Reichsbank notwendig jeden Franken braucht und zusammenzukaufen muß, um die Goldmilliarde abfließen zu können, legen deutsche Banken viele Millionen Franken, Gulden und Dollars gegen geringen Zins an das Ausland und vergrößern damit die Verlegenheit des Reiches. Banken, Exporteure und Industrielle arbeiten in schöner Seelenharmonie zusammen, um die Reichsmark in Grund und Boden zu bohren. Die Fabrikanten und Exporteure und mit ihnen auch mittelbar die Banken haben ein erhebliches Interesse an einem möglichst tiefen Stand der Mark, um dadurch die Exporte ins ungeheure zu steigern, denn je billiger die Mark ist, desto eher kauft das Ausland die Exportwaren.“

Freilich hat jede Verschlechterung des Markkurses notwendigerweise auch eine Verteuerung des Lebensunterhaltes in Deutschland selbst und damit Streifsbewegungen zum Zwecke der Lohnerhöhung zur Folge. Diese Lohnerhöhungen werden aber nur zögernd zugelassen und halten bei weitem nicht Schritt mit der rapiden Entwertung der Reichsmark. So hat der Fabrikant und Exporteur immer einen ungeheuren Vorteil durch den Vorsprung der Verbilligung der Mark im Vergleich zur zögernden nachhinkenden Lohnaufbesserung seiner Arbeiter.“

Diese Zeilen wurden unter dem Eindruck des gewaltigen Kursrückganges der Mark niedergeschrieben. Sie kennzeichnen die traurigen Realitäten des vaterlandlosen Kapitals in einer Weise, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Deutsche Unternehmer flehern die zusammenbrechende Kaufkraft des deutschen Volkes. Die Ausführungen beweisen aber auch, daß das Reich selbst die Leidtragende bei den Valutaschwächen ist, eine Tatsache, die nur dann gemildert, längst noch nicht aus der Welt geschafft werden kann, wenn das Reich an den privatkapitalistischen Gewinnen der Industrie und des Handels interessiert wird. Das ist aber nur möglich bei einer unmittelbaren Beteiligung der Allgemeinheit an den Erträgen der Produktion, bei einer wirksamen Erfassung der Goldwerte für das Reich.

## Ueberfremdung und Reichsaufsicht.

Die Gefahr der Ueberfremdung der deutschen Industrie hat mit dem Uebergang der Gerb- und Gerbstoffwerke Renner u. Co. in Hamburg eine sehr eigenartige Beleuchtung erfahren. Dieses Unternehmen stand, wie wir kürzlich berichteten, vor dem Kriege in enger Verbindung zu der Gesellschaft Forestal u. Co., die die Ausbeutung der Quebracho-Gerbstoffe in Argentinien zur Aufgabe hatte. Die Gesellschaft verlegte dann ihren Sitz nach London und beherrschte so ziemlich den Markt mit ihrem wichtigen Gerbstoffergut. Die deutsche Firma Renner u. Co. genoss während des Krieges bei einer sehr umfangreichen Ausdehnung ihrer Unternehmungen nahezu ein Monopol und hat während dieser Zeit, wo nur Eichen- und Kiefernrinde verarbeitet werden konnten, reichliche Gewinne bei der Gerbstoffherstellung erzielt. Natürlich mußte diese Stellung der Firma in Gefahr kommen, sobald die sehr viel billigeren und auch sonstige Vorteile bietenden Quebracho-Extrakte wieder auf den Markt kamen. War ist deshalb mit der englischen Gesellschaft übereingekommen, wieder die engere Angliederung vorzunehmen, damit die gegenseitige Konkurrenz aufhöre. Das eigenartige ist aber dabei, daß die deutsche Gesellschaft ihre Selbständigkeit aufgibt und daß ihre gesamten Aktien in den Besitz der englischen Gesellschaft übergehen.

Die deutsche Gesellschaft hat aber bereits von der deutschen Regierung eine Entschädigung von fünf Millionen Mark erhalten für den Verlust ihrer in England liquidierten Werte. Die Wirkung wäre nun die, daß die fünf Millionen Entschädigung, die der deutschen Gesellschaft gegeben wurden, jetzt restlos der englischen Gesellschaft zugute kommen. Und noch zu einer anderen kritischen Betrachtung reizt dieser Vorgang. Die Gesellschaft schützte sich seinerzeit gegen die Ueberfremdungsgesfahr durch ein Rechtsmittel der Stammaktionäre. Jetzt wird dieses Rechtsmittel recht schlankweg aufgehoben, wahrscheinlich um die Transaktionen nicht zu gefährden. Im Hinblick auf diese Vorgänge ist es immer wieder interessant hervorzuheben, mit welchem Eifer die Börsenpresse antwortete, als vom Wirtschaftsministerium die Befristung am Aktienbesitz gefordert wurde und dieser Aktienbesitz eventuell zu einer Veränderung im Auslande benutzt werden sollte. Die Ueberfremdungsgesfahr schien den kapitalistischen Interessenten ungeheuer groß, aber wenn sie selbst gewinnbringend deutsche Industrieerwerbe nach dem Ausland verschieben, so ist von einer Entrüstung nichts zu merken.

Die Eroberung des polnischen Marktes durch Frankreich. Die polnische Außenhandelsstatistik gibt sehr interessante Aufschlüsse darüber, wie Frankreich seinen Produktionswert diesem Markte absoh zu schaffen vermog. So hat Polen im letzten Jahr 17 Prozen seiner Baumwollwarenimporte und 40 Prozen seines Eiseneinfuhr an Waren aus Frankreich bezogen, während die entsprechenden Prozentanteile der englischen Einfuhr 13 resp. 8 Prozen betragen, obwohl die Baumwolle- und Wollewarenproduktion Englands die französische bei weitem übertrifft. Auch sonst ist die englische Industrie aus Polen verdrängt worden: in der Gesamteinfuhr sind englische Waren nur noch mit 1 Prozen beteiligt.

Lokomotiven für Italien. Ein italienischer ministerieller Ausschuss hat sich nach der „Dena“ unter Beziehung von Fachleuten und Industriellen dieser Tage mit dem Angebot Deutschlands zu beschaffen, Italien für die Wiedergutmachungsrechnung 300 fertige Lokomotiven für seine Staatsbahnen zu liefern. Italien kostet eine Lokomotive durchschnittlich rund eine Million Lire. Deutschland würde diese Lieferung den Verzögerungen und Rohstofflieferungen vorziehen.

# Gewerkschaftsbewegung

## Protest gegen die Arbeitgeberverbände.

Der in Berlin tagende Bundesausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat folgende Entschließung gefasst:

Gegenüber den zwingend notwendigen Lohn- und Gehaltsforderungen hat die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände in den letzten Tagen öffentlich den Gewerkschaften „unverantwortliche Ueberreizung der Dinge“ vorgeworfen, die von der gesamten Arbeitnehmerschaft erhobenen Forderungen „als durch die Verhältnisse nicht gerechtfertigt“ hingestellt und gleichzeitig erklärt, daß höhere Löhne nur dann zustande kommen könnten,

wenn gleichzeitig eine Steigerung der Arbeitsleistung erfolge und zu diesem Zweck auch die Tarif- und Lohnpolitik von allen produktionshemmenden Bestimmungen freigemacht wird.

Der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes weist in dieser Stellungnahme der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände liegenden Versuch, eine erhöhte und unbeschränkte Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft durchzuführen, aufs entschiedenste zurück.

Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände offenbart mit ihrer Veröffentlichung das Bestreben, die Arbeitszeit durch Verletzung des Achtstundentages zu verlängern und die den Arbeiterinteressen dienenden und für den Arbeiterschutz unerlässlichen Bestimmungen der Tarifverträge zu verschleiern.

Dieser arbeitgeberfeindlichen Bestrebungen muß der schärfste geschlossene Widerstand der Gewerkschaften entgegengestellt werden!

## 25 Jahre Berliner Fabrikarbeiterverband.

Auf ein 25jähriges Bestehen blickt am 28. August 1921 die Zahlstelle des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands zurück. Hervorgegangen aus dem von Kassele gegründeten Allgemeinen Arbeiterverein ist der Verband heute zu einem wesentlichen Faktor in der Berliner Arbeiterbewegung geworden. In den verflochtenen 25 Jahren hat die Zahlstelle ihre Aufgaben als Streiter für die ungelerten Proletariat glänzend erfüllt. Ein schweres Feld war zu bearbeiten. Die Industrie zog immer neue Scharen ungelerten, hochhändig indifferenten Arbeiter vom flachen Lande in die Großstadt. Die Berufsorganisationen legten auf die Gewinnung der Ungelernten nicht den Wert wie heute. So kam es, daß die Organisation sich Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen nannte und sich die Aufgabe stellte, alle ungelerten Arbeiter für den Verband zu gewinnen.

Die Arbeitsteilung in der Industrie drängte auch die Berufsorganisationen zur Aufnahme der ungelerten Arbeiter. Ganze Industriegruppen wurden ihnen durch die Fabrikarbeiter zugeführt. In diesen Fällen hat der Fabrikarbeiterverband ante Pionierarbeit geleistet. Seine Aufgabe beschränkte sich nunmehr auf die Gewinnung der Arbeiter der in den letzten Jahrzehnten emporgeschlüßten Chemischen, Gummi-, Papier-, Industrie, Industrie der Steine und Erden usw. Ein kapitalträchtiges, brutales Unternehmertum verdrängte jede Neigung dieser Industriearbeiter zu erfinden. Groß ist die Zahl der im Laufe der Jahre für ihre Organisationsfähigkeit Gemahregelten, ungeheuer die Opfer, die gebracht wurden. Alle Polizei- und Unternehmensmaßnahmen vermochten jedoch nicht den stetigen Anstieg der Organisationen aufzuhalten. Folgende Zahlen geben ein Bild von der Entwicklung der Zahlstelle

Am Schlusse des Jahres	1900	1905	1910	1915	1920
Männliche	509	8.057	6.795	8.490	19.918
Weibliche	8	275	469	890	2003
Mitglieder	517	8.312	7.255	9.380	22.921
—	208	2.976	23.316	43.858	22.015

Bei Beginn des Weltkrieges zählte die Zahlstelle 2033 männliche und 721 weibliche Mitglieder. Eingezogen zum Heeresdienst waren 5084, von denen 567 gefallen sind. Ihre ihrem Andenken als Kampfer für die Organisation!

Von den 28 Gründern der Zahlstelle gehören heute noch fünf dem Verbands ununterbrochen an.

Konnten bis zur Revolution die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in diesen Industrien nur indirekt beeinflusst werden, so kann heute festgestellt werden, daß im gesamten Agitationsgebiet die Lohn- und Arbeitsbedingungen durch den Verband geregelt sind.

Besonders muß der Kampf der Organisation gegen die Gesundheitsgefahren bei der Arbeit gedacht werden. Gerade die Betriebe, in denen die ungelerten Arbeiter beschäftigt wurden, waren wahre Giftböden. Dem unermüdlichen Kampf der Organisation um Verbesserung der Arbeitsräume und erhöhten Schutz für Leben und Gesundheit der Arbeiter ist der Erfolg nicht verlagert geblieben, wenn auch noch viel auf diesem Gebiete zu tun übrig bleibt.

Die Revolution hat auch der Zahlstelle Berlin einen großen Aufschwung gebracht. Die Organisation auszubauen für gegenwärtige und kommende Kämpfe, immer neue Anhänger zu gewinnen, ist ihre dauernde Aufgabe. Dieses große Ziel vor Augen, wird die Zahlstelle ihre Aufgabe erfüllen.

Zur Feier des 25jährigen Bestehens findet am Sonnabend in den Gesamträumen der „Neuen Welt“ das Stichtagsfest statt, zu dem alle Freunde und Gönner und Mitglieder der Organisation eingeladen sind. Eintrittskarten sind im Bureau des Fabrikarbeiterverbandes sowie an der Kasse zu haben.

## Der Kampf in der Berliner Holzindustrie.

Die Drohung der Scharfmacher, falls die streikenden Holzarbeiter die Arbeit am gestrigen Tage nicht wieder aufnehmen, sämtliche Betriebe von heute ab stillzulegen, soll verwirklicht werden. Die Vereinigten Verbände berückten gestern ein Rundschreiben an ihre Mitglieder mit der Aufforderung, die noch in Beschäftigung stehenden Arbeiter zu entlassen und die Werkstätten zu schließen.

Diese Maßnahme, deren Durchführung abzuwarten bleibt, dürfte kaum geeignet sein, die Position der Berliner Unternehmer zu verbessern. Mit der einstimmigen Ablehnung des von allen Unternehmern im Reich angenommenen Reichsmontaristats haben sich die Herren ins Unrecht gesetzt, aus dem sie weder durch Ausreden noch durch Scharfmacherei und Gewaltmaßnahmen wieder herauskommen. Wohl oder übel müssen sie Vernunft annehmen.

## Afa-Tagung Gruppe Holzindustrie.

Am 17. August d. J. tagten die Fachgruppenausschüsse aus der Holzindustrie der im Afa-Bund zusammengeschlossenen Organisationen (Bund der technischen Angestellten und Beamten, Deutscher Werkmeisterverband, Zentralverband der Angestellten). In dieser Tagung wurde eingehend die Lage in der Holzindustrie besprochen und zu dem Streik der Holzarbeiter Stellung genommen.

Es wird den Angestellten, Kunstgewerbezeichnern und Werkmeistern zur strengsten Pflicht gemacht, jede Streikarbeit abzulehnen und die Kammlung zur Ausführung einer solchen der betr. Angestellten-Organisation sofort zur Kenntnis zu bringen.

## Mangel an Bauarbeitern.

Aus dem Reichsarbeitsministerium erhielten wir folgende Zuschrift: Bei der wieder einsetzenden regen Bautätigkeit macht sich namentlich in mittleren und kleineren Städten und auf dem Lande ein starker Mangel an Bauhandwerkern bemerkbar. Die Erscheinung beruht wesentlich darauf, daß während der Jahre, in denen die Bautätigkeit ruhte, zahlreiche Bauhandwerker in anderen Berufen lohnende Beschäftigung gefunden haben. Das Reichsarbeitsministerium hat mit den Verbänden der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer des Baugewerbes die Maßnahmen erörtert, durch die dem Mangel begegnet werden kann. Es handelt sich dabei um dreierlei. Einmal sollen gelernte Bauarbeiter, die jetzt in anderen Berufen beschäftigt sind, möglichst ihrer alten Tätigkeit wieder zugeführt werden. Ein Anreiz kann natürlich hierbei nicht ausgeübt werden. Von größerer Bedeutung ist daher die Anlernung von Bauhilfsarbeitern, unter denen sich noch zahlreiche Arbeitslose befinden. Hierzu können nach den geltenden Bestimmungen Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge in Form von Anlernungszuschüssen verwendet werden. Schließlich kommt auch die stärkere Heranbildung von Lehrlingen in Frage. Das Reichsarbeitsministerium hat die in Betracht kommenden Stellen angewiesen, diese Anreize zusammen mit den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden des Baugewerbes unter Beteiligung der Landesarbeitsämter und der Handels- und Handwerkskammern zu verfolgen.

## Tariffreit im Versicherungsgewerbe.

Die geldlichen Leistungen des geltenden Reichstarifvertrages für die Versicherungsangestellten sind vom Zentralverband der Angestellten zum 1. September gelündigt. Ueber eine Neuregelung wurde am 17. und 18. August mit dem Arbeitgeberverband deutscher Versicherungsunternehmungen verhandelt. Wie bisher kam es auch diesmal wieder nicht zu einer gütlichen Einigung, da der Arbeitgeberverband die ohnehin schon in den bescheidensten Grenzen gehaltenen Forderungen der am Tarifvertrag beteiligten Angestelltenverbände mit einem geradezu lächerlichen Gegenangebot beantwortete. Neben einer gewissen Erhöhung der Verheiraten- und Kinderzulagen sollten lediglich die männlichen Angestellten über 20 Jahre 5 Proz. Gehaltsaufbesserung bekommen — ein Angebot, das ernstlich überhaupt nicht in Erwägung gezogen werden konnte. Die Entscheidung liegt nunmehr beim Reichsarbeitsministerium, welches um Einsetzung eines Schiedsgerichtes ersuchte.

## Achtung! SPD-Metallarbeiter und Arbeiterinnen!

Heute Konferenz der Deputen und Vertrauensleute um 6 1/2 Uhr im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Str. 11/12. Wichtige Tagesordnung. Fraktionsvorstand um 6 Uhr. Partei- und Verbandsbuch legitimiert. Der Fraktionsvorstand.

## Die Vorschlagsliste des Gewerkschaftsbundes H. D.

Zu der Notiz unter dieser Ueberschrift sendet uns die Soziala Kommission der Gewerkschaften H. D. Berlin, unterschrieben Karl Brünner, die Verichtigung, daß in der Vorschlagsliste der Deutschen Gewerkschaften nicht Paul Guroki, Dubenardter Str. 26, aufgeführt ist, sondern der Zeichner gleichen Namens, Berlin D. 112, Dolziger Str. 43.

**Achtung! März-Gemahregelte der UEG-Transformatorfabrik Oberschöneweide!** Alle Kolleginnen und Kollegen, die anlässlich der Märzaktion gemahregelt sind, werden aufgefordert, sich zu einer Besprechung (bezüglich der Verhandlung vor dem Gewerbeamt am 28. August) am Sonnabend, vormittags 1/2 10 Uhr, bei König, Süssitenstr. 35, einzufinden. Nag Gaudian. B. Heilmann.

Am Bau des Mittelkanals wird — von kommunistischer Seite — über jeder Beschreibung wottende Mißstände geklagt. Die Unternehmer hielten Leute ein und entließen sie wieder ohne irgendwelchen Grund, nach Gutdünken, obgleich nach Auskunft der Bauhändler und Schachtmeister alle Leute vollstaus beschäftigt werden könnten. Außerdem sei von den Unternehmern ein sogenanntes Prämienystem eingeführt worden, um sich so eine Schutztruppe aus dem unolidarischen Element der Arbeiter zu bilden.

Daß bei einem solchen Bau mit 6000 Beschäftigten Mißstände mit unterlaufen, ist erklärlich, und es ist für die gewerkschaftlich organisierten Bauarbeiter selbstverständlich, daß sie sich wegen der Verechtigung an ihre Organisation wenden. Selbstverständlich auch, daß die Kommunisten diese Mißstände für ihre Agitation ausnützen, die sich weit weniger gegen die Unternehmer als gegen die Gewerkschaften, in diesem Falle gegen den Bauarbeiterverband richtet. Auf einer Betriebsstelle sei die ganze Belegschaft in Stärke von 700 Mann aus dem Deutschen Bauarbeiterverband ausgetreten, um eine Kanalarbeiterorganisation zu gründen. Sollte es nicht bereits geschehen sein, müßte der Verband von Hannover aus den wirklich bestehenden Mißständen nachgehen, aber auch dem kommunistischen Treiben zu begegnen suchen.

Die Dortmunder Eisenbahnbeamten richteten an den Reichsanwalt Dr. Wirth, an den Deutschen Beamtenbund und an ihren Verband, die Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten, folgendes Telegramm: „Beamtenchaft infolge der seit Monaten eingetretenen wucherhaften Verteuerung aller Lebensnotwendigkeiten ohne Geld. Dienstwillen durch Familiennot gelähmt. Sofortige durchgreifende Hilfe der Staatsregierung erforderlich, weil Stimmung gedrückt und in Verzweiflung überzugehen droht. Geutige Versammlung der reichsgewerkschaftlich organisierten Eisenbahnbeamten erbittet die Hilfe der Staatsregierung, bevor es zu spät ist!“

In Schwäbisch-Gmünd beschloß die über 4000 Personen zählende Arbeiterchaft der Edelmetallindustrie mit allen gegen zwei Stimmen in den Streik einzutreten.

Die Metallarbeiter in Warschau streiken. Sie fordern 75 Proz. Lohnerhöhung.

Das Kartell der französischen Staatsarbeiter protestiert gegen die angebrohte Aufhebung der jährlichen Teuerungszulagen von 720 Francs, wie sie das Budget von 1922 vorsieht, und verlangt die Weitergewährung der Teuerungszulagen.

## Jahresversammlung der englischen Bergarbeiter.

London, 18. August 1921. In der Jahresversammlung der Gewerkschaft der englischen Bergarbeiter sprach der Präsident Herbert Smith über den letzten Streik. Er wandte sich heftig gegen die radikalen Elemente. Die Förderung der Bergarbeiter, daß alle Gewinne gemeinsam sein sollten, sei ein Fehler gewesen, ebenso der Versuch, diejenigen Arbeiter zum Streik zu zwingen, die mit den für die Sicherheit der Bergwerke notwendigen Arbeiten betraut waren. Heute litt die Bergarbeiter schwer unter der Arbeitslosigkeit, weil durch Unterlassen jener Arbeiten in den Bergwerken schwere Schäden angerichtet wurden. Man habe sich dadurch auch die Sympathie der Öffentlichkeit verlohren, sogar die andern Mitglieder des industriellen Dreiverbandes, die Transport- und Eisenbahnarbeiter hätten die Bergarbeiter ihrem Schicksal überlassen. Herbert Smith griff sodann die Abgeordneten der Bergarbeiter im Unterhaus an, die keinerlei Autorität besäßen, und doch immer bereit waren, die Aktion der Bergarbeiter zu kritisieren. Man müsse im Interesse aller derer handeln, deren Post einem am Herzen liege, und nicht leere Formeln hinaustrumpfen, die nur dazu dienen, Schrecken und Mord hervorzuufen. Auch der Sekretär der Bergarbeitergewerkschaft, Hodge, tadelt die radikalen Elemente wegen ihrer Unnachgiebigkeit.

Transportarbeiterverband (Sektoren 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100). Heute, 14 Uhr, Germania-Parkstraße, Chauffeurstr. 110, Versammlung sämtlicher, in der Sigaritenindustrie tätigen gewerbliden Arbeitnehmer.

Bergarbeiterverband, Wobessee, Mittwoch, den 24. August, 6 1/2 Uhr, gemeinsame Versammlung mit den Gewerkschaften im „Dresdener Hof“, Dresden, Str. 16. Untere Stellungnahme zur fortschreitenden Teuerung.

Feine Bergarbeitergewerkschaft, Sonnabend, 7 1/2 Uhr, im Rathaus, Zimmer 3, Beschäftigung und Lebensbed.

Verantwortl. für den rechth. Teil: Dr. Werner Keller, Charlottenburg; für Unrechth. Teil: H. G. Berlin, Berlin; Verlags-Buchdruckerei G. m. b. H., Berlin. Druck: Verlags-Buchdruckerei u. Verlagsbuchhandlung Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3, Oberg. 1. Verlag.

# A. Wertheim Billige Lebensmittel

<b>Frisches Fleisch</b>	<b>Tauben</b> junge 6 <sup>50</sup> und 7 <sup>50</sup>	<b>Zwiebelwurst</b> Pfd. 13 <sup>M</sup>	<b>Kartoffeln</b> große blau. Pfd. 75 <sup>Pf.</sup>
<b>Rinderkamm u. Brust</b> Pfd. 8 <sup>50</sup>	<b>Hähnchen</b> lange 11 <sup>M</sup> und 14 <sup>50</sup>	<b>Landleberw.</b> Pfd. 14 <sup>M</sup>	<b>Wirsingkohl</b> Pfd. 70 <sup>Pf.</sup>
<b>Rinder Querrippe</b> Pfd. 8 <sup>50</sup>	<b>Gänse</b> junge, Pfd. 12 <sup>50</sup> und 14 <sup>M</sup>	<b>Sülzwurst</b> Pfd. 14 <sup>M</sup>	<b>Rotkohl</b> Pfd. 80 <sup>Pf.</sup>
<b>Roastbeef mit Knochen</b> Pfd. 10 <sup>M</sup>	<b>Rehblätter</b> Pfd. 12 <sup>M</sup>	<b>Fleischwurst</b> Pfd. 19 <sup>M</sup>	<b>Kohlrabi</b> große Mandel 1 <sup>00</sup>
<b>Schmorfleisch mit Knochen</b> Pfd. 10 <sup>M</sup>	<b>Rehkeulen</b> Pfd. 17 <sup>M</sup>	<b>Jagdwurst</b> Pfd. 19 <sup>M</sup>	<b>Schmorgurken</b> Pfd. 1 <sup>20</sup>
<b>Schmorfleisch ohne Knochen</b> Pfd. 12 <sup>M</sup>	<b>Goldbarse</b> ohne Kopf Pfd. 2 <sup>50</sup>	<b>Mettwurst</b> grobe Pfd. 23 <sup>M</sup>	<b>Schlangengurken</b> Stück von 90 <sup>Pf.</sup>
<b>Hammelkeule</b> Pfd. 11 <sup>M</sup>	<b>Seelachs</b> ohne Kopf im Ganzen Pfd. 2 <sup>70</sup>	<b>Mausschinken</b> Pfd. 26 <sup>M</sup>	<b>Tomaten</b> Italienische Pfd. 2 <sup>20</sup>
<b>Hammelrücken</b> Pfd. 11 <sup>M</sup>	<b>Schellfische</b> Pfd. 3 <sup>50</sup>	<b>Apfelwein Auslese</b> 5 <sup>40</sup>	<b>Kochbirnen</b> Pfd. 95 <sup>Pf.</sup>
<b>Dicke Rippe u. Dünnung</b> Pfd. 9 <sup>M</sup>	<b>Scharbenzungen</b> Pfd. 3 <sup>70</sup>	<b>1919 Gaubickelhelmer</b> Rheinwein Pfd. 12 <sup>40</sup>	<b>Kochäpfel</b> Pfd. 1 <sup>10</sup>
<b>Rindertalg ausgelassen</b> Pfd. 9 <sup>80</sup>	<b>Leb. Schlele</b> Pfd. 13 <sup>50</sup> 14 <sup>50</sup>	<b>1919 Edeshelmer</b> Rheinwein Pfd. 15 <sup>80</sup>	<b>Tafeläpfel (Augustiner)</b> Pfd. 1 <sup>80</sup>
<b>Schweinefleisch gefroren</b>	<b>Bücklinge</b> Pfd. 6 <sup>30</sup>	<b>1919 Rehlinger</b> Pfd. 19 <sup>M</sup>	<b>Milchsüßspeise</b> Karton 6 250 Gr. 1 <sup>50</sup>
<b>Schinken u. Bauch</b> Pfd. 13 <sup>M</sup>	<b>Lachsheringe</b> Stück 110 123	<b>Kirchberg</b> Moselwein Pfd. 19 <sup>M</sup>	<b>Grünkernmehl</b> lose Pfd. 4 <sup>50</sup>
<b>Blatt u. Rippstück</b> Pfd. 13 <sup>M</sup>	<b>Aale</b> geräuch. Pfd. 28 <sup>M</sup> Bund 4 <sup>75</sup>	<b>1919 Alshelmer</b> Pfd. 21 <sup>80</sup>	<b>Kunsthonig</b> Pfd. 4 <sup>25</sup>
<b>Gehacktes Rind- und Schweineff.</b> Pfd. 10 <sup>M</sup>	<b>Seeaale</b> geräuchert Pfd. 6 <sup>20</sup>	<b>Goldberg</b> Rheinwein Pfd. 21 <sup>80</sup>	<b>Roggenmehl</b> Pfd. 2 <sup>00</sup>
<b>Speisefett</b> Pfd. 12 <sup>M</sup>	<b>Matjes-Heringe</b> Stück 1 <sup>30</sup>	<b>1919 Dornot</b> Franz. Rotwein Pfd. 12 <sup>M</sup>	<b>Weizenmehl</b> Pfd. 3 <sup>75</sup>
	<b>Landkäse</b> große Stück 3 <sup>75</sup>	<b>1919 Montagne</b> Fr. Neulotwein Pfd. 15 <sup>80</sup>	<b>Spezialmischung mit 25% Bohnenkaffee</b> Pfd. 7 <sup>M</sup>
	<b>Goudakäse</b> ohne Pfd. 14 <sup>M</sup>	<b>1918 Chät. St. Georg.</b> Pfd. 22 <sup>M</sup>	
	<b>Margarine</b> Pfd. 10 <sup>80</sup>	<b>Bordeauxwein</b> schwerer Pfd. 24 <sup>50</sup>	
	<b>Taf.-Margarin.</b> 11 <sup>20</sup> u. 12 <sup>50</sup>	<b>1917 Priorato</b> Pfd. 24 <sup>50</sup>	
	<b>Margarine</b> allerfeinste 1/2 Pfd.-Paket 7 <sup>M</sup>	<b>Rotwein</b> Pfd. 36 <sup>M</sup>	
	<b>Erbswurst</b> Rolle 250 Gr. 1 <sup>05</sup>	<b>Weinbrand</b> Pfd. 45 <sup>M</sup>	
	<b>Streuselkuchen</b> (im Erfrischungsraum) Pfd. 6 <sup>M</sup>		